

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT

MUSLIMISCHE GRUPPEN IN ÖSTERREICH

Einstellungen von Flüchtlingen,
ZuwanderInnen und in Österreich
geborenen MuslimInnen im Vergleich

Peter Filzmaier
Flooh Perlot

August 2017



ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT MUSLIMISCHE GRUPPEN IN ÖSTERREICH

Einstellungen von Flüchtlingen,
ZuwanderInnen und in Österreich
geborenen MuslimInnen im Vergleich

Peter Filzmaier
Flooh Perlot

August 2017

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT MUSLIMISCHE GRUPPEN IN ÖSTERREICH

Einstellungen von Flüchtlingen, ZuwanderInnen und
in Österreich geborenen MuslimInnen im Vergleich

netPOL Internationales und Interuniversitäres Netzwerk Politische Kommunikation /
Donau-Universität Krems / Österreichischer Integrationsfonds
August 2017

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Lektorat:** Mag. Michaela Kapusta — Lettera Lektorat; **Layout:** Marion Dorner Grafik Design; **Druck:** TriSys DI Hans A. Gruber KG, Gumpendorfer Straße 5, 1060 Wien; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche, insbesondere politische, Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

INHALTSVERZEICHNIS

5	Vorwort
7	1. Ausgangspunkt und Forschungsinteresse
9	2. Methode
13	3. Stichprobe
17	4. Ergebnisse
17	4.1 Vorbemerkung – was die Ergebnisse aussagen können und was nicht
18	4.2 Überblick über die Ergebnisse
18	4.3 Leben in Österreich
20	4.4 Religiosität
23	4.5 Religion und Gesellschaft
25	4.6 Gesetze und Vorschriften
26	4.7 Staat und Politik
28	4.8 Kindererziehung, Familie und Islam
30	4.9 Partnerschaft und Gleichstellung
31	4.10 Religion und Gewalt
35	5. Zusammenfassende Analyse
38	Literaturverzeichnis

Vorwort

Zuwanderung und Integration sind nicht erst seit den großen Flüchtlingsbewegungen 2015 stark diskutierte Themen in Österreich. Sie berühren viele Gesellschaftsbereiche und sind seit etlichen Jahren zentrale Felder in der politischen Auseinandersetzung. Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich und Wien im Herbst 2015 gehörten „Flüchtlinge und Asyl“ zu jenen Bereichen, die mit Abstand am häufigsten von den WählerInnen diskutiert worden waren.

Dabei werden diese Debatten oftmals mit Argumenten geführt, deren Grundlage eher eine persönliche – und damit naturgemäß nicht repräsentative – Erfahrung oder gar „Hörensagen“ ist und weniger ein möglichst wenig verzerrter Blick auf den Status quo. Umso wichtiger erscheint es, zu einer sachlichen Beschäftigung mit den Fragen und Herausforderungen in diesem Kontext beizutragen. Die Sozialwissenschaften können mit empirischen Studien die Datenbasis vergrößern, die letzten Endes die Voraussetzung dafür ist bzw. sein sollte, Maßnahmen zu entwickeln, zu rechtfertigen, zu evaluieren und allenfalls anzupassen.

Die vorliegende Studie zu muslimischen Teilgruppen in Österreich versucht einen solchen Beitrag zur Versachlichung zu leisten. Sie stellt die Frage nach (gesellschafts-)politischen Einstellungen von Personen muslimischen

Glaubens und versucht dabei, eine notwendige Differenzierung vorzunehmen.

Alle Studien, die sich mit großen gesellschaftlichen Gruppen beschäftigen und die keine Vollerhebungen sind, müssen zwangsläufig verkürzt werden. Wenn von den Jugendlichen, den Frauen oder den ArbeiterInnen die Rede ist, dann beziehen sich gewonnene Erkenntnisse auf einen Oberbegriff, der den unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen innerhalb dieser Gruppen nur teilweise gerecht werden kann.

Die eigene Religionszugehörigkeit ist dabei keine Ausnahme, im Gegenteil. Gerade bei MuslimInnen kommt verstärkend hinzu, dass in Österreich zwei grundsätzlich unterschiedliche Gruppen aufeinandertreffen. Personen, die schon vor etlichen Jahren zugewandert bzw. hier in Österreich geboren worden sind, werden – wertfrei gesprochen – unter diesem Überbegriff mit Menschen zusammengefasst, die kurz, teilweise erst wenige Monate, hier leben. Die Motive für den Weg nach Österreich und die Umstände der Migration waren ebenso mitunter völlig andere.

Diese Einschätzung war der Ausgangspunkt der Studie. Ihr Ziel ist es entsprechend, zwischen muslimischen Teilgruppen hierzulande zu unterscheiden und einen Eindruck zu gewinnen, ob und wie verschieden sich deren

Werthaltungen gegenüber Gesellschaft und politischem System gestalten.

Die Auswertungen zeigen deutlich, dass es zwar teilweise parallele Sichtweisen gibt, die befragten Gruppen in zahlreichen Bereichen jedoch eigene Einstellungen vertreten. Diese Unterschiede sind auf den ersten Blick beispielsweise bei der Gegenüberstellung von (ehemaligen) BosnierInnen, die seit Jahrzehnten in Österreich leben, mit Menschen aus Afrika oder dem arabischen Raum, die als Flüchtlinge vor kurzer Zeit erst angekommen sind, vielleicht noch wenig überraschend. Doch auch unter den befragten Flüchtlingen lassen sich die Sichtweisen nicht immer eindeutig nur über das (gemeinsame) Herkunftsland erklären.

Daran knüpft die Frage an, ob die geographische Herkunft allein ein entscheidender Faktor für gesellschaftspolitische Ansichten sein kann, oder ob andere Variablen eine vielleicht größere Rolle spielen. Insbesondere die Ver-

bundenheit mit dem Glauben scheint hier einen klaren Einfluss zu haben. Die Ergebnisse der Erhebung deuten stark in die Richtung, dass die individuelle Beziehung zu Religion und deren Stellenwert im eigenen Leben eine bedeutende Funktion dafür spielen, wie unterschiedliche Fragen gesehen werden, – sowohl was Grundsätze der österreichischen Gesellschaft als auch was Einstellungen gegenüber anderen (religiösen) Gruppen betrifft.

Die Ergebnisse der Studie sollen ein weiterer Teil der laufenden Anstrengung sein, den Wissensstand über MuslimInnen in Österreich zu erweitern. Sie unterliegen ihrerseits methodischen Einschränkungen und können nur einen begrenzten Blick auf ein sehr komplexes Thema werfen. Innerhalb dieses Rahmens bieten sie aber die Möglichkeit, der heterogenen Zusammensetzung der MuslimInnen in Österreich besser gerecht zu werden.

Peter Filzmaier,

Mai 2017

1

Ausgangspunkt und Forschungsinteresse

In Österreich leben laut einer aktuellen Studie rund 700.000 Menschen mit muslimischem Glauben¹. Dabei handelt es sich einerseits überwiegend um Personen mit türkischem und bosnischem Migrationshintergrund, die seit (vielen) Jahren hier leben bzw. auch in Österreich geboren wurden. Andererseits hat vor allem durch die Migrationsbewegungen 2015 die Zahl der Asylanträge zugenommen, wobei

insbesondere Personen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak entsprechende Anträge gestellt haben² (allerdings mit sehr unterschiedlichen Anerkennungsraten). 2016 sind die absoluten Zahlen wieder deutlich zurückgegangen, wenngleich immer noch auf hohem Niveau im Vergleich zu den Jahren zuvor.

Insgesamt ist der aktuelle Datenbestand zu Einstellungen von MuslimInnen in Österreich gering und lückenhaft. Das liegt unter anderem an der Heterogenität dieses Bevölkerungsteils, was standardisierte Erhebungen sehr schwierig macht, da die relevanten und damit zu berücksichtigenden Untergruppen für sich genommen sehr (und teilweise zu) klein und somit schwer erreichbar sind. Zudem fehlen genaue statistische Daten über die Struktur dieser Bevölkerungsschicht, was auch an unterschiedlichen Definitionen liegt. Bei der Kategorisierung der ethnischen Hintergründe etwa sind Daten nach Staatsbürgerschaft oder nach Geburtsland verfügbar, die ihrerseits jeweils einen Teil, aber nicht die gesamte Gruppe abdecken (vgl. Tab. 3). Diese Defizite gelten im Speziellen für Asylwerbende, was auch an der (oft erst kurzen) Aufenthaltsdauer und dem damit oftmals unklaren Status liegt. Eine erste Analyse im Gefolge der Flüchtlingsbewegungen 2015 liegt mit der 2017 veröffentlichten Studie „Wertehaltungen und Erwartungen von Flüchtlingen in Österreich“ der Österreichischen Akademie der Wissen-

TABELLE 1: ASYLANTRÄGE

	2015	2016
	Anträge	Anträge
Afghanistan	25.563	11.794
Syrien	24.547	8.773
Irak	13.633	2.862
Iran	3.426	2.460
Pakistan	3.021	2.496
staatenlos*	2.235	1.149
Somalia	2.073	1.537
Russische Föderation	1.698	1.633
Nigeria	1.385	1.855

* 2016: „unbekannt“

Nur Herkunftsländer, die in beiden Jahren auf den ersten 10 Plätzen lagen.

Quelle: Bundesministerium für Inneres 2017.

¹ ÖIF-Forschungsbericht/ VID Working Paper 9/2017, 2017

² Bundesministerium für Inneres, 2016.

schaften (ÖAW) vor (Kohlbacher et al. 2017). Es handelt sich dabei um eine quantitative Befragung unter rund 900 Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Eine weitere Analyse stellt die „Displaced Persons in Austria“-Erhebung von 2015 dar (Buber-Ennser et al. 2016).

Das Ziel der vorliegenden Studie war es, einen Überblick über die Einstellungen von Menschen muslimischen Glaubens in Österreich zu gewinnen und der Diversität der Gruppe zumindest ansatzweise gerecht zu werden. Die Forschungsfragen drehten sich in erster Linie um gesell-

schaftspolitische Aspekte, konkret etwa um die Rolle des Islam in Gesellschaft und Politik oder um Geschlechterbilder. Besonderes Interesse kam der Unterscheidung der ethnischen Hintergründe zu.

Aufgrund der Erhebungsmethode (siehe Kapitel 3) kann die Studie keine repräsentativen und verallgemeinerbaren Erkenntnisse über MuslimInnen in Österreich liefern. Ihre Ergebnisse dienen als erster Eindruck und sollen insbesondere Unterschiede in der Sichtweise der verschiedenen Teilgruppen aufzeigen.

2

Methode

Die Studie basiert auf einer quantitativen Befragung von n=1.005 Personen, die von 22. Dezember 2016 bis 28. Februar 2017 durchgeführt wurde. Voraussetzung für die Aufnahme in die Stichprobe war ein Mindestalter von 16 Jahren und ein Bekenntnis zum islamischen Glauben sowie ein türkischer/bosnischer Hintergrund³ oder ein Status als asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigte/r. In letzterem Fall wurde festgelegt, dass überwiegend Personen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, dem Iran und Somalia befragt werden sollten⁴. Es wurde auch versucht, die Gruppe der TschetschenInnen zu erreichen, da Tschetschenien in den letzten zehn Jahren ein bedeutendes Herkunftsland von Flüchtlingen und ZuwanderInnen nach Österreich darstellte. In der Feldphase hat sich allerdings gezeigt, dass diese Gruppe ohne eine sehr gezielte Rekrutierung im entsprechenden Umfeld schwer zu erreichen ist. Die Zahl der befragten TschetschenInnen blieb mit elf Personen sehr gering, weshalb eine Auswertung der Ergebnisse für diese Zielgruppe nicht möglich war. Aus diesem Grund wurde eine Folgebefragung im Mai 2017 durchgeführt, die sich ausschließlich an die Gruppe der TschetschenInnen richtete und so die Stichprobe noch um 124 weitere Personen tschetschenischer Herkunft ergänzen konnte. Die Festlegung auf diese Länder leitet sich aus der Asylstatistik des Bundesministeriums für Inneres (siehe Tab. 1) und den dort angeführten häufigsten Herkunftsländern ab. Pakistan und Nigeria wurden aufgrund der sehr niedrigen Anerkennungsquote nicht berücksichtigt.

Die Befragung erfolgte mittels persönlicher Interviews anhand eines Online-Fragebogens (*computer assisted personal interview/CAPI*) bzw. persönlich rekrutierter Online-Interviews⁵. Es wurden ausschließlich InterviewerInnen mit Migrationshintergrund eingesetzt, die speziell für den Umgang mit der Zielgruppe Flüchtlinge geschult wurden. Der Fragebogen bestand aus knapp 30 geschlossenen Fragen mit zusätzlichen Unterfragen und einem umfangreichen Statistikteil. Er wurde neben Deutsch auf Türkisch, Bosnisch, Arabisch, Persisch, Russisch und Englisch angeboten, die Befragungspersonen konnten selbst die gewünschte Sprache wählen. Auf offene Fragen wurde im Sinne der Vergleichbarkeit der Ergebnisse und des generell höheren Anspruchs von Fragen ohne Antwortvorgaben verzichtet.

Die Stichprobenziehung stand bei der Studie vor zwei Hauptproblemen: Zum einen ist die Zahl der TürkinInnen und BosnierInnen muslimischen Glaubens in Österreich zu gering, um sie aus einer einfachen Zufallsauswahl aus der Gesamtbevölkerung zu rekrutieren. Zum anderen ist die Gruppe der Flüchtlinge schwer zugänglich, weil die betroffenen Personen erst kurz in Österreich sind und in offiziellen Statistiken oder Verzeichnissen nicht oder kaum aufscheinen.

In solchen Fällen kann ein Snowball-Sampling eingesetzt werden, welches sich speziell zur Auswahl von Befragungspersonen bei fehlendem oder schwierigem Zugang

³ Die Person ist selbst in einem dieser Länder geboren (1. Generation), oder, falls die Person in Österreich geboren wurde, beide Elternteile sind in einem dieser Länder geboren (2. Generation).

⁴ Zur sprachlichen Vereinfachung werden diese Gruppen im Folgenden zusammenfassend als „Flüchtlinge“ bezeichnet.

⁵ Die Feldarbeit wurde von EthnOpinion organisiert und abgewickelt.

zur Grundgesamtheit eignet (Jacob et al. 2011, 89). Bei diesem Vorgehen werden die befragten Personen nach dem Abschluss eines Interviews um die Nennung weiterer Kontakte gebeten, man benötigt demnach nur einen ersten Zugang zur Gruppe.

Dieses Vorgehen ist nicht ohne Probleme (vgl. Erikson 1979; Biernacki/Waldorf 1981), so kann etwa die Repräsentativität einer Zufallsauswahl nicht erreicht werden. Es liegt eine Verzerrung hin zu Personen vor, die – aus welchen Gründen auch immer – eher zu einem Interview bereit sind. Bei heiklen Themen können von diesen dann bewusst keine oder nur bestimmte Kontakte weitergegeben werden, um andere Personen gleichsam zu schützen. Schließlich kann die Vermittlung vieler Kontakte durch wenige Personen die Diversität der Stichprobe einschränken und wenig vernetzte Personen unerreichbar machen, wobei man den ersten Punkt zumindest durch mehrere InterviewerInnen und unterschiedliche Erstkontakte abschwächen kann. Im konkreten Fall führten insgesamt 40 unterschiedliche Personen Interviews in der Hauptfeldzeit 2016/2017, das Interviewminimum betrug 2, das Maximum 40 Gespräche pro InterviewerIn. Bei der Zusatzbefragung der tschetschenischen Gruppe kamen 7 InterviewerInnen zum Einsatz, die zwischen 10 und 23 Interviews durchführten.

Zusätzlich zum Snowball-Sampling in den jeweiligen Communities wurden im Integrationszentrum Wien des Österreichischen Integrationsfonds mehrsprachige Handzettel mit einer Einladung zum Interview aufgelegt und verteilt. Der Rücklauf war hier allerdings sehr gering und trug nicht wesentlich zur Stichprobe bei.

Um die unterschiedlichen Teilgruppen ausreichend berücksichtigen zu können, wurden Quoten für die ethnischen Hintergründe der Befragten aufgestellt. Diese orientierten sich nicht am Anteil der Gruppe an der Gesamtbevölkerung, sondern sollten in erster Linie eine ausreichende Fallzahl für weitere Auswertungen garantieren: Für Befragte mit türkischem und bosnischem Hintergrund wurde eine Vorgabe von jeweils rund 250 Interviews getroffen, insbesondere, da in diesen Gruppen sowohl die erste als auch die zweite Generation befragt werden sollte. Für Befragte mit afghanischem, syrischem oder somalischem Hintergrund wurden rund 100 Interviews als Vorgabe festgelegt, für Personen mit irakischen oder iranischen Wurzeln rund 50 Interviews. Die Gruppe der TschetschenInnen in Österreich, die zusätzlich befragt wurden, sollte mindestens 100 Personen umfassen, um eine ausreichend große Fallzahl für kohortenspezifische Analysen zu gewährleisten.

TABELLE 2: HERKUNFTSLAND BZW. HINTERGRUND DER BEFRAGTEN PERSONEN

	<i>absolut</i>	<i>in Prozent***</i>	<i>vorab definierte Zielgröße</i>
Bosnien und Herzegowina*	268	24	~250
<i>davon in Österreich geboren</i>	64	6	
Türkei*	263	23	~250
<i>davon in Österreich geboren</i>	118	10	
Afghanistan	128	11	~100
Syrien	134	12	~100
Irak	56	5	~50
Iran	49	4	~50
Somalia	71	6	~100
Tschetschenien**	135	12	~100
sonstige Länder	25	2	

* umfasst sowohl Personen, die in diesen Ländern geboren wurden und nach Österreich zugewandert sind (erste Generation), als auch Personen, die in Österreich geboren wurden, deren beide Elternteile aber aus diesen Ländern stammen (zweite Generation)

** 11 Interviews wurden in der Haupterhebung geführt, 124 weitere im Mai 2017

*** Abweichungen von 100=Rundungsfehler

Diese Quoten stellten einen Kompromiss zwischen den methodischen Ansprüchen der Erhebung und den verfügbaren finanziellen und zeitlichen Ressourcen dar und konnten überwiegend erfüllt werden (siehe Tab. 2). Zusätzlich fielen noch 25 Interviews mit Befragten aus sonstigen, vor allem afrikanischen, Staaten an, die nicht eigens ausgewertet wurden.

Ein notwendiger Kompromiss war der weitgehende Verzicht auf soziodemographische oder regionale Quoten. Einerseits fehlten genaue Daten, um solche Vorgaben in Hinblick auf die Grundgesamtheit zu erstellen, andererseits war unklar, ob die Feldarbeit derartige Quoten in der verfügbaren Zeit realistisch umsetzen konnte.

Regional betrachtet lebt der Großteil der Zielgruppe der Studie in Wien. Dennoch wurde versucht, auch Personen außerhalb der Bundeshauptstadt in die Erhebung einzubeziehen. Letzten Endes entfielen 747 Interviews auf den Wiener Raum, 158 Personen wurden in Oberösterreich, 91 in Niederösterreich und 69 in Tirol befragt. Die weiteren Interviews verteilten sich auf die restlichen Bundesländer.

Die Daten der Erhebung wurden mangels Bezugsgröße für die Gruppe der Flüchtlinge nicht gewichtet. Als ungefähre Orientierung können die Daten der Statistik Austria zur „Bevölkerung zu Jahresbeginn“ herangezogen werden, die eine Unterscheidung nach Alter und Geschlecht sowie Geburtsland und Staatsangehörigkeit zulassen. Vergleicht man die dort angeführten Daten mit der Stichprobe, dann zeigt sich, dass die Geschlechterverteilung sowohl nach Geburtsland als auch nach Staatsangehörigkeit relativ gut übereinstimmt⁶. Ausnahmen sind Syrien und Somalia, im ersten Fall sind mehr Männer, im zweiten mehr Frauen in der Stichprobe vorhanden (vgl. Tab. 3).

Die Gegenüberstellung nach breiten Altersgruppen – 15/16 bis 44 Jahre und 45 Jahre und älter – zeigt bei Personen mit türkischem, iranischem und somalischem Hintergrund Abweichungen. Die IranerInnen in der Stichprobe sind jünger, TürklInnen und SomalierInnen hingegen älter als die Vergleichsgruppen in der Bevölkerung. Die übrigen Abweichungen bleiben, auch angesichts der Fallzahlen, relativ gering.

⁶ Für die Gruppe der Flüchtlinge erscheint die Staatsangehörigkeit als passende Vergleichsgröße, da der weitaus überwiegende Teil dieser Befragten keine österreichische Staatsbürgerschaft hatte. Bei türkischen und bosnischen Befragten gibt es sowohl Personen mit österreichischer als auch anderer Staatsangehörigkeit. Beide Werte unterscheiden sich nur geringfügig voneinander.

TABELLE 3: VERGLEICH STICHPROBE UND BEVÖLKERUNGSSTATISTIK

	<i>Statistik Austria/ Geburtsland</i>		<i>Statistik Austria/ Staatsangehörigkeit</i>		<i>Stichprobe</i>	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bosnien und Herzegowina	50	50	55	45	58	42
Türkei	53	47	51	49	52	48
Afghanistan	73	27	75	25	71	29
Syrien	71	29	72	28	82	18
Irak	71	29	75	25	80	20
Iran	58	42	58	42	57	43
Somalia	69	31	69	31	49	51

Angaben in Prozent.

Da es sich bei Tschetschenien nicht um ein Staatsgebiet handelt, liegen keine Vergleichsdaten zu dieser Gruppe vor.

Quelle: Statistik Austria 2017.

TABELLE 4: VERGLEICH STICHPROBE UND BEVÖLKERUNGSSTATISTIK

	<i>Statistik Austria/ Geburtsland</i>		<i>Statistik Austria/ Staatsangehörigkeit</i>		<i>Stichprobe</i>	
	15-44	45+	15-44	45+	15-44	45+
Bosnien und Herzegowina	48	52	56	44	60	40
Türkei	56	44	67	33	54	46
Afghanistan	89	11	92	8	94	6
Syrien	85	15	88	12	87	13
Irak	78	22	87	13	93	7
Iran	57	43	76	24	90	10
Somalia	93	7	94	6	85	15

Angaben in Prozent.

Da es sich bei Tschetschenien nicht um ein Staatsgebiet handelt, liegen keine Vergleichsdaten zu dieser Gruppe vor.

Quelle: Statistik Austria 2017.

Insgesamt verlief die Feldarbeit ohne nennenswerte Auffälligkeiten. Der Fragebogen wurde nach ersten Testinterviews geringfügig adaptiert, um einzelne Unklarheiten zu beheben. Seitens der InterviewerInnen gab es keine Hinweise auf Missverständnisse oder Probleme bei der Beantwortung der Fragen. Der Österreichische Integrationsfonds wurde als Auftraggeber genannt, wobei davon auszugehen ist, dass die überwiegende Zahl der interviewten Flüchtlinge diese Einrichtung kannte, da sie im Zuge ihres Aufenthalts in Österreich mit ihr in Kontakt kommen. Die Anonymität der Antworten wurde mehrmals versichert.

Einzig bei der Befragung der Personen aus Somalia fiel auf, dass für diese das Instrument einer Umfrage an sich neu war und sie der Methode skeptisch gegenüberstanden. Hier gab es die Rückmeldung seitens der InterviewerInnen, dass zum Teil Antworten möglicherweise so gegeben wurden, wie die Befragten meinten, dass es aufgrund ihres Glaubens von ihnen erwartet werde. Bei den anderen befragten Gruppen gab es keine derartigen Hinweise.

3

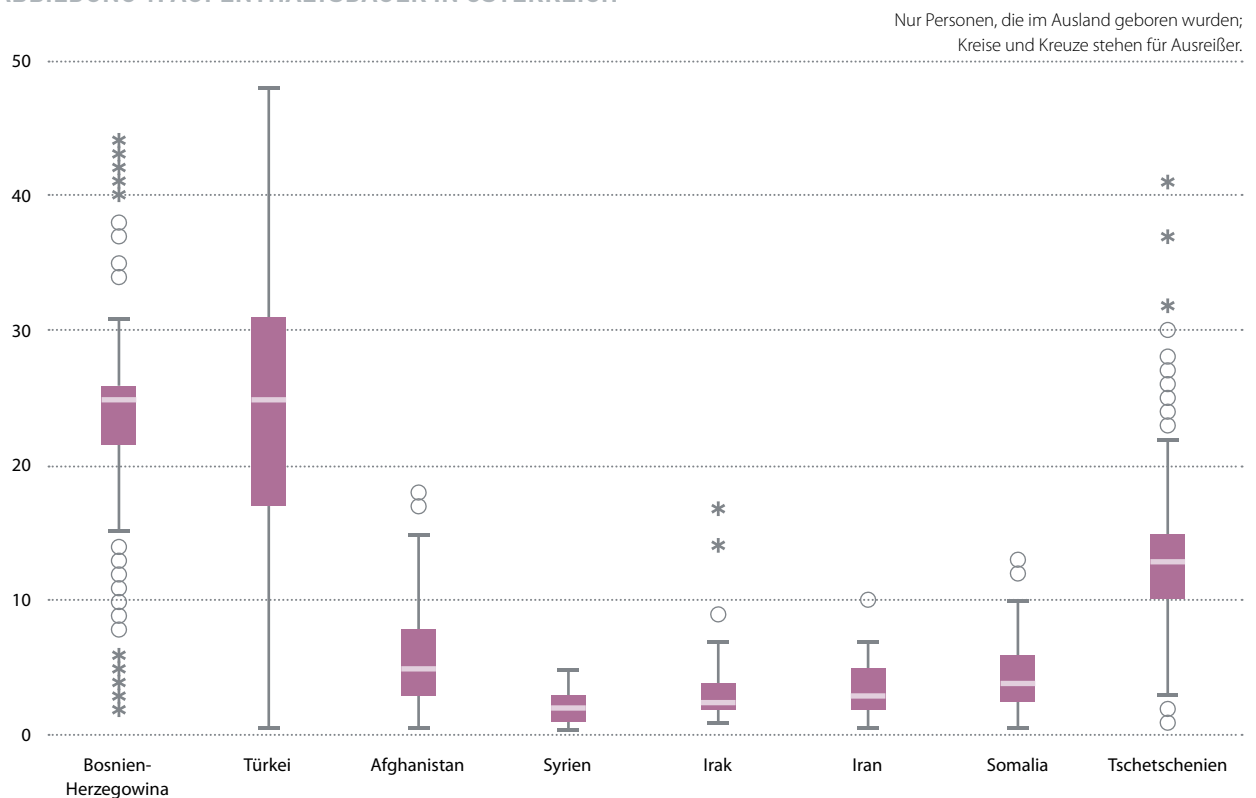
Stichprobe

Neben der groben Charakterisierung der Stichprobe anhand von Geschlecht und Alter lässt sich ein genaueres Profil der Befragten zeichnen. Dabei unterscheiden sich insbesondere TürkInnen und BosnierInnen von der Gruppe der Flüchtlinge, was aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe schlüssig erscheint. Zudem enthalten die beiden genannten Gruppen auch einen nennenswerten Anteil an Personen der zweiten Generation, also von Menschen, die bereits in Österreich geboren wurden (64 Personen mit bosnischem und 118 Personen mit türkischem Hinter-

grund). Bei den Flüchtlingen wurden nur Personen befragt, die im Ausland geboren wurden.

Die Auswertung der Aufenthaltsdauer zeigt insbesondere bei Personen aus der Türkei eine sehr große Streuung. Diese und Befragte aus Bosnien und Herzegowina sind wenig überraschend bereits am längsten in Österreich, im Schnitt seit rund 23 bzw. 25 Jahren, der Median liegt bei beiden bei 25 Jahren (siehe Abb. 1).

ABBILDUNG 1: AUFENTHALTSDAUER IN ÖSTERREICH



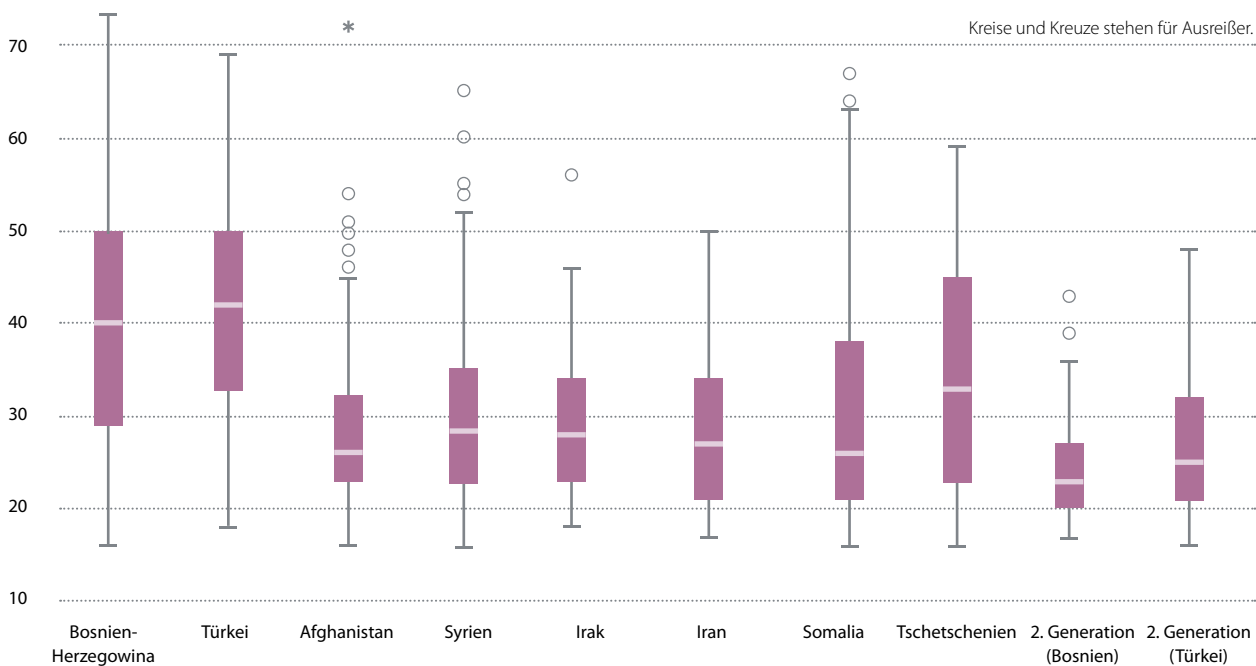
Die Aufenthaltsdauer der befragten Flüchtlinge liegt bei fünf Jahren oder darunter (Median). Besonders Personen aus Syrien sind erst kurz in Österreich, was sich mit den Entwicklungen 2015 deckt. Unter den Befragten aus Afghanistan gibt es darüber hinaus noch einige Personen, die schon länger in Österreich leben, rund zwei Drittel sind seit sechs Jahren im Land. Eine Ausnahme stellen TschetschenInnen dar, die im Schnitt schon mehr als zehn Jahre (Median 13 Jahre) hier sind.

Insgesamt betrachtet war der Großteil der Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung schon mindestens ein Jahr oder

länger in Österreich, 30 Personen erst wenige Monate.

Die Altersverteilung der Befragten entspricht der Zweiteilung in türkische/bosnische Befragte und Flüchtlinge – bei ersteren ist der Altersschnitt deutlich höher (40 Jahre bei Personen aus Bosnien und Herzegowina, 42 Jahre bei Personen aus der Türkei), bei zweiteren liegt er zwischen 20 und 30 Jahren. Während bei den meisten Untergruppen die Streuung relativ gering ist, ist sie bei Befragten aus Somalia größer. Entsprechend der bereits längeren Aufenthaltsdauer ist auch das Alter der TschetschenInnen etwas höher.

ABBILDUNG 2: ALTERSVERTEILUNG DER BEFRAGTEN



Eine weitere Charakterisierung ergibt sich aus der formalen Bildung. Dabei ist vorauszuschicken, dass die Einteilung der Befragten in hierzulande gängige Schemata von Bildungsabschlüssen nicht eins zu eins möglich ist. Zwar wurde bei der Übersetzung der Fragebögen und den Interviews darauf Rücksicht genommen, Fehler bei der (Selbst-)Zuordnung sind dennoch nicht auszuschließen.

Sieben von zehn Befragten aus Syrien gaben an, eine höher bildende Schule oder weitergehende Bildung absolviert zu haben, bei den übrigen Personen lag dieser Anteil

um 50 Prozent, bei Befragten mit türkischem Hintergrund bei rund 30 Prozent.

Diese Werte sind überraschend hoch. Das kann zum Teil an der Aufenthaltsdauer und der damit verbundenen Struktur der Stichprobe liegen, mitunter aber auch an einer Überdeklaration und der genannten Unklarheit in der Zuordnung.

Dazu kommt ein möglicher weiterer Effekt durch die Rekrutierung: Es ist nicht auszuschließen, dass Personen mit

formal höherer Bildung ihrerseits „ähnliche“ Personen für die weitere Befragung genannt haben, was zu einer entsprechenden Verzerrung führen kann. Alles in allem sollte der selbstdeklarierte Bildungsgrad in der Studie deshalb mit Vorsicht betrachtet werden.

Die Flüchtlinge in der Stichprobe waren zum Zeitpunkt der Befragung überwiegend arbeitslos oder in Ausbildung, Personen aus Afghanistan und dem Irak etwas häufiger erwerbstätig. BosnierInnen und Personen aus der Türkei waren mehrheitlich erwerbstätig, in Österreich Geborene aufgrund des Alters vielfach noch in Ausbildung.

Die Befragten teilen sich praktisch ausschließlich auf die Glaubensgemeinschaften der SunnitInnen, SchiitInnen und AlevitInnen auf. 20 Personen ordneten sich anderen Gemeinschaften zu, 111 Personen machten keine Angabe. Insgesamt bezeichnen sich rund 65 Prozent der Stichprobe als SunnitInnen, insbesondere Personen aus Somalia, Syrien sowie Bosnien und Herzegowina. Der größte Anteil an SchiitInnen findet sich bei Befragten aus dem Iran, rund 40 Prozent der Personen aus Afghanistan und dem Irak nennen ebenfalls diese Glaubensrichtung. Die befragten AlevitInnen haben mehrheitlich einen türkischen Hintergrund. Andere islamische Glaubensrichtungen sind kaum vertreten.

TABELLE 5: FORMALE BILDUNGSABSCHLÜSSE

	keine Matura	Matura oder höhere Bildung
Bosnien und Herzegowina	55	45
Türkei	69	31
Afghanistan	51	49
Syrien	28	72
Irak	54	46
Iran	50	50
Somalia	54	46
Tschetschenien	50	50

Angaben in Prozent; ohne Personen, die noch zur Schule gehen.

TABELLE 6: MOMENTANE TÄTIGKEIT

	erwerbstätig	arbeitslos	in Ausbildung
Bosnien und Herzegowina	73	3	12
davon in Österreich geboren	42	5	50
Türkei	56	16	4
davon in Österreich geboren	43	7	44
Afghanistan	30	20	40
Syrien	10	45	37
Irak	27	39	29
Iran	16	33	47
Somalia	20	32	25
Tschetschenien	36	25	36

Angaben in Prozent; Rest auf 100=Sonstiges und keine Angabe.

TABELLE 7: GLAUBENSGEMEINSCHAFT

	SunitInnen	SchiitInnen	AlevitInnen	keine Angabe
Bosnien und Herzegowina	74	4	2	17
davon in Österreich geboren	75	6	2	17
Türkei	59	2	34	5
davon in Österreich geboren	62	1	33	2
Afghanistan	48	43	-	9
Syrien	80	1	1	13
Irak	32	41	-	23
Iran	4	76	4	12
Somalia	93	-	-	7
Tschetschenien	84	5	-	8

Angaben in Prozent. Rest auf 100=andere muslimische Glaubensrichtung.

4

Ergebnisse

4.1 Vorbemerkung – was die Ergebnisse aussagen können und was nicht

Die folgenden Ergebnisse unterliegen aufgrund der Stichprobenziehung und des Vorgehens verschiedenen Einschränkungen, die bei der Interpretation berücksichtigt werden sollten.

Erstens ist es nur sehr eingeschränkt sinnvoll, Gesamtergebnisse der Erhebung auszuweisen. Die Zusammensetzung der Stichprobe orientierte sich daran, Quoten in den einzelnen Untergruppen zu erfüllen, ein repräsentativer Querschnitt war nicht das Ziel. Aussagen wie „XXX Prozent der Muslime in Österreich sagen...“ können nicht getroffen werden. Entsprechende Darstellungen dienen im Folgenden als Orientierung und beziehen sich ausschließlich auf die Stichprobe.

Um diesem Problem zu begegnen, wird versucht, anstelle der Gesamtergebnisse zumindest zwischen der Gruppe der Personen mit türkischem Hintergrund, mit bosnischem Hintergrund und den Flüchtlingsgruppen zu unterscheiden. Zur sprachlichen Vereinfachung beziehen sich die Begriffe „TürkInnen“ bzw. „BosnierInnen“ dabei auf die erste und zweite Generation, im Fall einer Differenzierung wird das entsprechend ausgewiesen. Die „Flüchtlinge“ enthalten mit den TschetschenInnen auch Personen, die schon etwas länger in Österreich sind.

Zweitens erlaubt die Stichprobenziehung keine Rückschlüsse über die jeweilige in Österreich lebende Gruppe insgesamt. Die Resultate sollten nicht absolut, sondern im

relativen Vergleich der befragten Gruppen interpretiert werden.

Drittens beziehen sich die Daten ausschließlich auf Menschen in Österreich, die sich selbst als MuslimInnen bezeichnen. Sie können daher nicht kollektiv auf bestimmte ethnische Gruppen projiziert werden, die auch andere Glaubensgemeinschaften oder Personen ohne religiöses Bekenntnis umfassen.

Viertens versucht die Auswertung, vor allem zwischen unterschiedlichen Herkunftsländern bzw. dem Hintergrund der Befragten zu unterscheiden. In diesem Sinne werden auch Gruppen differenziert, die nur vergleichsweise wenige Fälle aufweisen (v.a. Irak n=56 und Iran n=49), womit geringe Unterschiede im Antwortverhalten zu großen Abweichungen führen können.

Die Studie hat den Befragten teils sehr kontroverse Aussagen vorgelegt, die offen antisemitisch, gewaltbefürwortend oder frauenfeindlich waren, um bei einzelnen Themen eine klare Deklaration zu erreichen. Damit ist davon auszugehen, dass diese Fragen zumindest teilweise auch im Sinne sozialer Erwünschtheit beantwortet wurden. Ein Hinweis darauf kann eine hohe Antwortverweigerung liefern. Diese Überdeklaration gilt ebenfalls für Fragen nach der Ausübung der Religion und individuellen religiösen Handlungen.

4.2 Überblick über die Ergebnisse

Sucht man nach einer Variablen, an der sich Unterschiede im Antwortverhalten festmachen lassen, dann zeigt sich die Selbsteinschätzung der eigenen Gläubigkeit als sehr stabil quer zu allen Themenbereichen. Die Abweichungen sind relativ zu verstehen, d.h. sie sind im Verhältnis auffällig und erlauben die Aussage, dass sehr gläubige Befragte zahlreiche Fragen und Aussagen anders beantworten als Personen, die sich selbst als weniger gläubig einschätzen.

Zudem äußern sich Befragte aus Somalia deutlich anders als die übrigen Gruppen. Sie stimmen zahlreichen bewusst sehr kritisch formulierten Fragen uneingeschränkt zu. Keine der sonstigen Herkunftsgruppen nähert sich diesem Antwortverhalten auch nur an. Eine Ursache – neben entsprechenden Werthaltungen – könnte in der Sichtweise der Erhebung selbst liegen (siehe Methode/Kapitel 3). Vor allem eine soziale Erwünschtheit ist denkbar, nämlich in dem Sinn, dass die Personen so antworten, wie sie denken, dass dies im Rahmen ihres Glaubens von ihnen erwartet wird. Ein solches Antwortverhalten lässt sich auch interpretieren, da es zeigt, welches Bild die Befragten von ihrer Religion haben.

Tendenziell antworten TschetschenInnen, TürklInnen und teilweise Personen aus Afghanistan und Syrien aufgrund einer größeren Nähe zum Glauben ebenfalls abweichend in dem Sinn, dass sie Fragen weniger tolerant oder vermeintlich „weltoffen“ beantworten als andere Befragte⁷. Neben den BosnierInnen findet sich demgegenüber insbesondere bei Personen aus dem Iran ein (sehr) distanziertes Verhältnis zum Glauben mit entsprechend toleranterem Antwortverhalten.

Die Unterscheidung nach dem Geschlecht führt nicht durchgehend zu markanten Unterschieden, Männer und Frauen in der Stichprobe beantworten viele der Fragen ähnlich. Gleichzeitig äußern sich ältere Personen in gewissem Sinne konservativer als jüngere. Sie zeigen auch eine größere Nähe zum Glauben, was wiederum in den entsprechenden Auswertungen sichtbar wird. Das schlägt

sich zudem im Ergebnis der türkischen Befragten nieder, der Gruppe (gemeinsam mit den BosnierInnen) mit dem höchsten Durchschnittsalter. Bei Personen mit einem bosnischen Hintergrund sind es umgekehrt die unter 24-Jährigen, die sich selbst als gläubiger bezeichnen.

Innerhalb der Gruppe der „Flüchtlinge“, deren Durchschnittsalter bei 30 Jahren liegt, sehen sich die älteren Personen ebenfalls als gläubiger und antworten entsprechend. Diese Tendenz findet sich allerdings nicht bei allen Themen.

Die Differenzierung nach formaler Bildung zeigt nur bei wenigen Fragen ein klares Muster. Auffallend ist, dass Personen mit Pflichtschulabschluss und jene, die die Schule abgebrochen haben, im Antwortverhalten näher an jenen Befragten sind, die sich selbst als sehr gläubig bezeichnen. Das liegt zum Teil daran, dass sich in diesen Gruppen auch relativ viele ältere TürklInnen finden, die entsprechende Ansichten vertreten (siehe oben).

Ebenso lässt sich feststellen, dass SchülerInnen vereinzelt mehr dazu neigen, Extrempositionen in beide Richtungen einzunehmen – das heißt, sie stimmen einigen Aussagen häufiger sehr zu und lehnen sie gleichzeitig häufiger sehr ab, antworten also polarisierter.

4.3 Leben in Österreich

Zu Beginn wurde erhoben, ob sich die Befragten in Österreich willkommen bzw. zuhause fühlen und inwieweit sie persönlich eine Verbindung mit Österreich empfinden. Flüchtlinge meinen zu gut einem Drittel, dass sie sich völlig willkommen fühlen würden, weitere 45 Prozent bejahen die Frage mit *eher schon*. Nur drei Prozent meinen, sich gar nicht willkommen zu fühlen. Befragte, die erst sehr kurz – wenige Monate – in Österreich waren, antworteten deutlich zurückhaltender, es war dies allerdings nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe (n=30).

⁷ Begriffe wie „tolerant“ oder „weltoffen“ beziehen sich konkret auf einzelne abgefragte Aussagen, deren Antwortmöglichkeiten in dieser Form einordenbar sind. Sie verstehen sich nicht als inhaltliche Wertung, sondern dienen der sprachlichen Vereinfachung.

BosnierInnen und TürkinInnen meinen zu 38 bzw. 30 Prozent, sich hierzulande völlig zuhause zu fühlen, 45/43 Prozent stimmen der Aussage eher zu. Dabei zeigt sich kein Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer, was daran liegt, dass der Großteil der Befragten, die aus diesen Ländern zugewandert sind, schon 20 Jahre und länger in Österreich lebt. Die reine Anwesenheit verbessert bzw. verschlechtert den Eindruck nicht.

Da die TschetschenInnen ebenfalls überwiegend schon mehrere Jahre in Österreich sind, wurden sie danach gefragt, ob sie sich zuhause fühlen: Das bejahen 25 Prozent uneingeschränkt und weitere 50 Prozent mit *eher schon*.

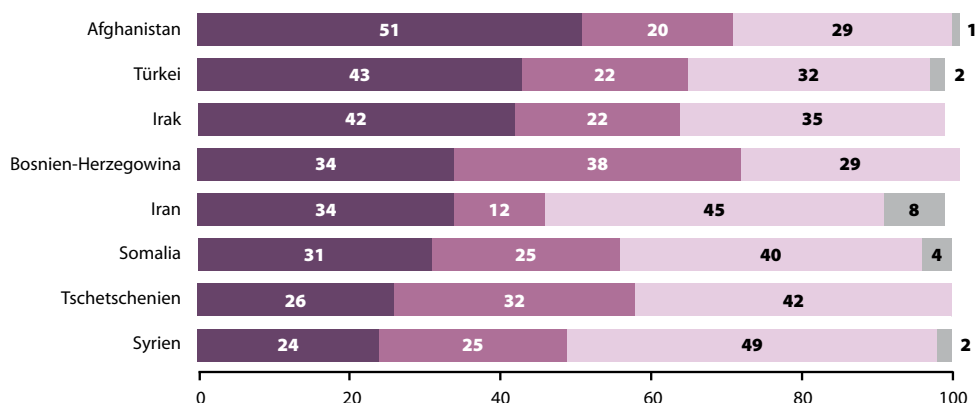
Eine relative Mehrheit sagt in weiterer Folge, sich Österreich und ihrem ursprünglichen Heimatland gleichermaßen verbunden zu fühlen. Die übrigen Befragten teilen sich gleichmäßig auf: 37 Prozent meinen, sich sehr oder eher Österreich verbunden zu fühlen, 35 Prozent bringen diese Gefühle ihrem Geburtsland entgegen. Vor allem Befragte aus Syrien, dem Iran und Tschetschenien bzw. Somalia fühlen sich noch stärker zu ihrer früheren Heimat hingezogen.

Jene Personen, die sich hier nicht willkommen bzw. zuhause fühlen oder die den Eindruck haben, benachteiligt zu werden, sind distanzierter gegenüber Österreich.

ABBILDUNG 3: VERBUNDENHEIT MIT ÖSTERREICH BZW. DEM HERKUNFTSLAND

Wenn Sie einmal an Österreich und an Ihr Geburtsland denken, fühlen Sie sich...

- sehr/eher Österreich verbunden
- beiden gleich verbunden
- sehr/eher Geburtsland verbunden
- keine Angabe



Angaben in Prozent. Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

4.4 Religiosität

Die Religiosität und Einstellung zum Glauben wurde über eine Selbstbeschreibung der Gläubigkeit, über die Häufigkeit des Betens und die Besuchsfrequenz einer Moschee erhoben.

Gefragt nach der eigenen Gläubigkeit unterscheiden sich BosnierInnen⁸ von TürklInnen und Flüchtlingen: Erstere bezeichnen sich nur zu 13 Prozent als *sehr gläubig*, bei den anderen Gruppen liegt der Wert bei rund einem Drittel. 45 Prozent der BosnierInnen sagen von sich, eher oder gar nicht gläubig zu sein.

Vor allem Flüchtlinge aus Somalia geben an, sehr gläubig zu sein (69 Prozent), während insbesondere Personen aus dem Iran der Religion distanzierter gegenüberstehen (53 Prozent eher/gar nicht gläubig). TschetschenInnen,

TürklInnen und SyrerInnen bezeichnen sich ebenfalls häufiger als *sehr gläubig*.

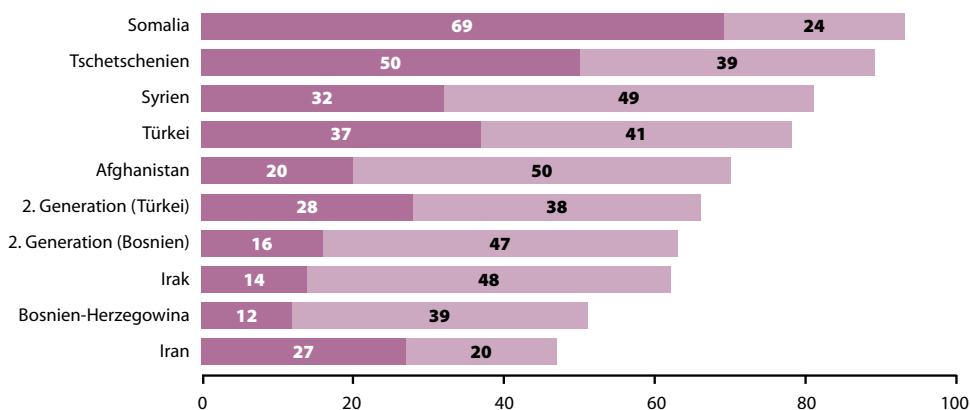
Unter Flüchtlingen spielt das Alter eine große Rolle für die Selbsteinschätzung: Ältere Befragte (aufgrund des insgesamt geringen Alters dieser Gruppe definiert als Befragte über 34 Jahren) sagen zu 50 Prozent, sehr gläubig zu sein, bei Personen unter 24 Jahren sagen dies nur 28 Prozent. Die SunnitInnen in der Stichprobe sagen von sich selbst am häufigsten, sehr gläubig zu sein (36 Prozent), SchiitInnen sagen dies zu 23 und AlevitInnen zu rund 10 Prozent.

Die Häufigkeit, mit der das rituelle islamische Gebet ausgeübt wird, variiert stark zwischen den drei Gruppen⁹: 37 Prozent der Flüchtlinge sagen, fünfmal am Tag zu beten, bei den TürklInnen sind es 16 Prozent und bei BosnierInnen

ABBILDUNG 4: PERSÖNLICHE GLÄUBIGKEIT

Sind Sie gläubig?

● ja, sehr gläubig ● ja, eher gläubig



Angaben in Prozent. Rest auf 100= eher nicht/gar nicht gläubig und keine Angabe.

⁸ Zur sprachlichen Vereinfachung beziehen sich die Begriffe „TürklInnen“ und „BosnierInnen“ auf die erste und zweite Generation. Im Fall einer Differenzierung wird diese extra ausgewiesen. Der Ausdruck „Flüchtlinge“ steht für die in dieser Studie befragten Personen aus den übrigen Herkunftsländern, nicht aber für Flüchtlinge in Österreich generell.

⁹ Nur Personen, die zumindest eine geringe Gläubigkeit angegeben haben, wurden nach der Häufigkeit des Betens und dem Moscheebesuch gefragt.

8 Prozent. Darüber hinaus teilen sich die Antworten auf ein Spektrum auf, das von mehreren Gebeten pro Tag bis zu seltenen oder gar keinen Gebeten reicht. Von Befragten mit bosnischem Hintergrund sagt die relative Mehrheit von 23 Prozent, nur zu Festtagen zu beten, bei befragten TürklInnen meinen praktisch ebenso viele, nie zu beten.

Befragte aus Somalia sagen zu 68 Prozent, fünfmal am Tag zu beten, die Hälfte der TschetschenInnen gibt das ebenfalls an. Unter den übrigen Befragten beten SyrerInnen und Menschen aus Afghanistan tendenziell häufiger. Während der Arbeitszeit wird allerdings kaum gebetet, 81 Prozent der Erwerbstätigen verneinen die Frage.

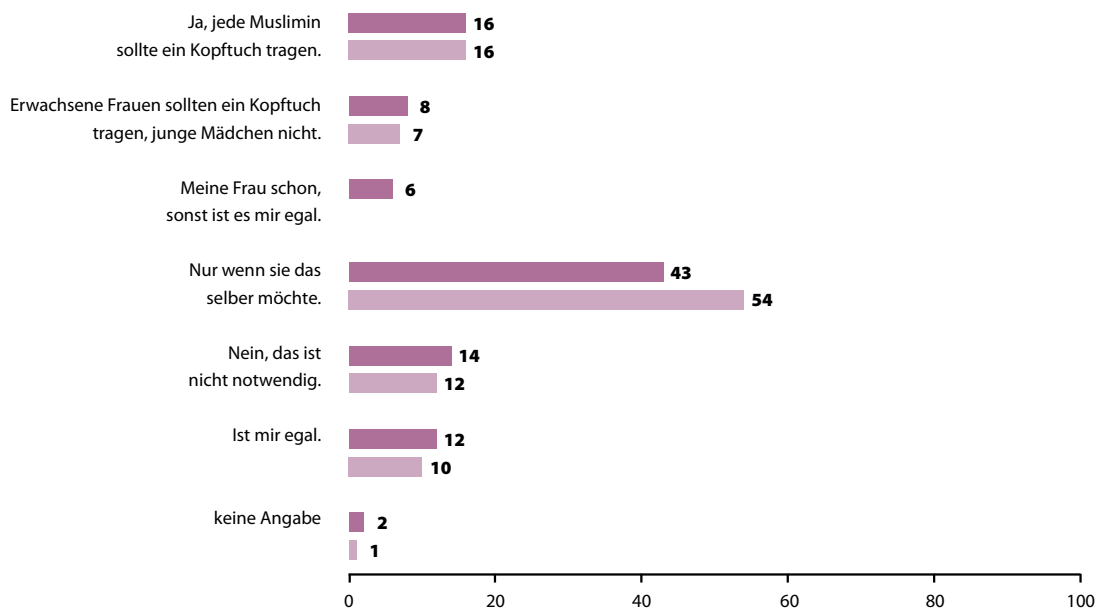
Nach eigenen Angaben gehen die befragten TürklInnen relativ am häufigsten in die Moschee, 13 Prozent sagen, dies täglich oder mehrmals in der Woche zu tun. Bei den Flüchtlingen liegt der Wert bei 8 Prozent, bei den BosnierInnen bei 3 Prozent. Von letzteren geht über die Hälfte nur ein paarmal im Jahr in die Moschee, bei den Flüchtlingen ist dies ein Drittel. Rund ein Viertel dieser Gruppe geht nie in ein Gebetshaus, unter TürklInnen sind dies 30 Prozent.

Jene Personen, die sich selbst als religiöser bezeichnen, gehen erwartungsgemäß häufiger in die Moschee, das betrifft demnach vor allem Personen aus Somalia, Afghanistan, der Türkei und Tschetschenien sowie SunnitInnen.

ABBILDUNG 5: EINSTELLUNG ZUM KOPFTUCH

Soll eine Muslimin in der Öffentlichkeit ein Kopftuch tragen?

● Männer ● Frauen



Angaben in Prozent.

Befragte über 55 Jahren gehen öfter in ein Gebetshaus (19 Prozent *täglich* bzw. *mehrmals pro Woche*).

Von den Frauen unter den Flüchtlingen trägt über die Hälfte immer ein Kopftuch, bei den Türcinnen sind es 21 Prozent, bei Bosnierinnen 11 Prozent. Umgekehrt sagen 58 Prozent der türkischen Frauen, nie ein Kopftuch zu tragen.

In dieser Frage sind Männer und Frauen überwiegend einer Meinung: Je 16 Prozent befürworten das Tragen bei jeder Gelegenheit, rund ein Viertel meint, dass dies nicht notwendig bzw. ihnen egal sei. Die Mehrheit gesteht den Frauen selbst die Entscheidung bei diesem Thema zu (43 Prozent der Männer bzw. 54 Prozent der Frauen).

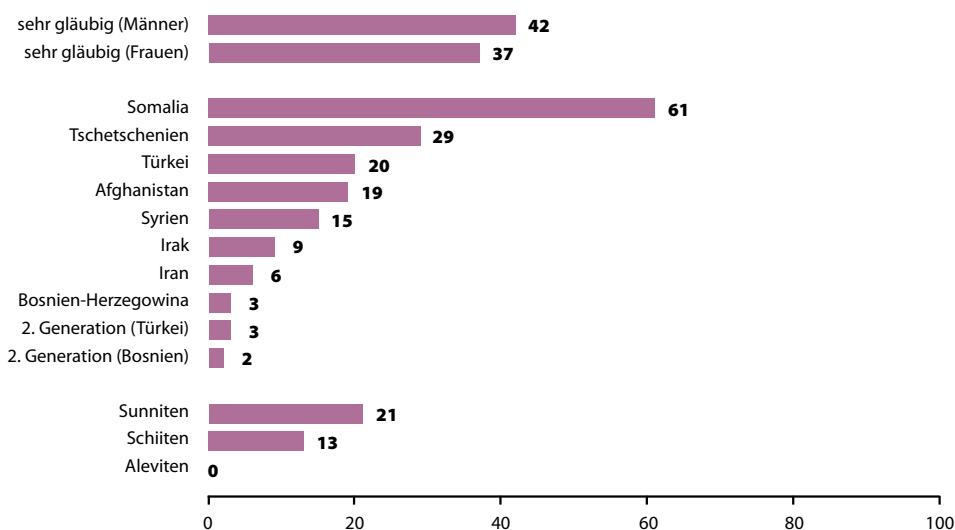
Sehr gläubige Personen vertreten viel stärker die Meinung, dass Musliminnen ein Kopftuch tragen sollten (42 Prozent der sehr gläubigen Männer bzw. 37 Prozent der sehr gläubigen Frauen), entsprechend ist dies den befragten SunnitInnen wichtiger. Bei AlevitInnen ist das verpflichtende Kopftuch-Tragen kein Thema.

Sollte ein Job mit einem Kopftuchverbot verknüpft sein, dann würden drei Viertel der kopftuchtragenden Frauen den Job (eher) nicht annehmen. Unter jenen, die das Kopftuch nur zu bestimmten Anlässen tragen, wäre ein Verbot nur für eine Minderheit ein Hindernis.

ABBILDUNG 6: ALLE MUSLIMISCHEN FRAUEN SOLLEN KOPFTUCH TRAGEN

Soll eine Muslimin in der Öffentlichkeit ein Kopftuch tragen?

- Ja, jede Muslimin sollte ein Kopftuch tragen.



Angaben in Prozent.

4.5 Religion und Gesellschaft

Rund die Hälfte der befragten TürkinInnen und zwei Drittel bzw. drei Viertel der Flüchtlinge bzw. BosnierInnen erkennen für sich in Österreich keinen Nachteil aufgrund ihres Glaubens. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass sich vier von zehn befragten TürkinInnen zumindest *eher schon* benachteiligt fühlen (10 Prozent *eigentlich immer*).

Ältere Personen und Befragte, die sich selbst als sehr gläubig bezeichnen, nehmen eine solche Benachteiligung stärker wahr (46 bzw. 42 Prozent *eigentlich immer/eher schon* gegenüber 31 Prozent gesamt). Rund zwei Drittel von jenen, die sich in Österreich nicht willkommen bzw.

zu Hause fühlen, sprechen von zumindest gelegentlichen Benachteiligungen aufgrund ihres Glaubens.

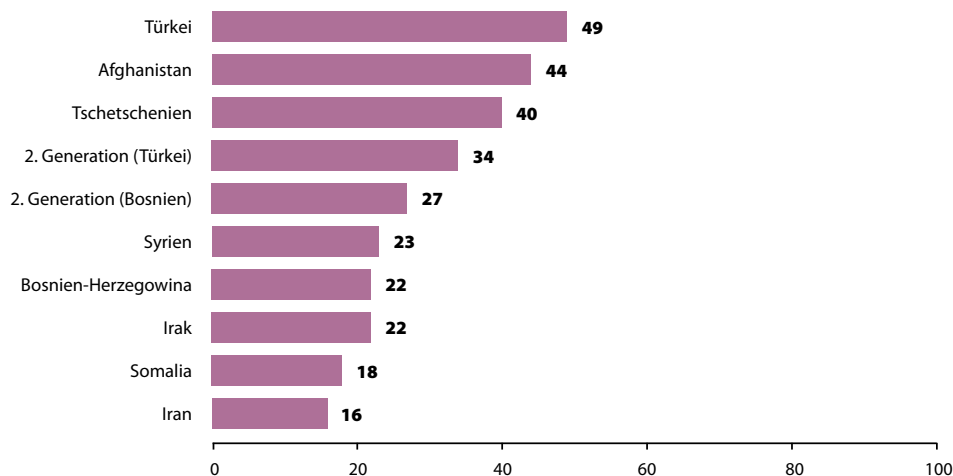
Differenziert nach den Herkunftsländern zeigt sich, dass insbesondere Personen aus der Türkei und aus Afghanistan das Gefühl haben, schlechter behandelt zu werden (49 bzw. 44 Prozent).

Die größten Probleme treten laut Befragten bei der Job- und Wohnungssuche auf, was Bereiche sein dürften, mit denen die Befragten häufiger konfrontiert sind bzw. die aktuell dringender sind. Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche nennen z.B. vor allem SyrerInnen (66 Prozent).

ABBILDUNG 7: BENACHTEILIGUNG DURCH DEN GLAUBEN

Haben Sie persönlich das Gefühl, dass Sie in Österreich benachteiligt werden, weil Sie MuslimIn sind?

● eigentlich immer/eher schon



Angaben in Prozent.

Für 58 (BosnierInnen) bis 67/68 Prozent (Flüchtlinge/ TürklInnen) ist Religion etwas sehr Persönliches. 43 Prozent der Flüchtlinge wünschen sich uneingeschränkt, dass der Islam in ihrer Familie eine starke Rolle spielen soll, eine ebensolche starke Rolle in der Gesellschaft wollen aber nur 24 Prozent (weitere 21 Prozent *stimmen eher zu*). Bei TürklInnen liegen diese Werte etwas, bei BosnierInnen deutlich niedriger (31/15 bzw. 16/5 Prozent wünschen sich einen starken Islam in der Familie/Gesellschaft).

Bei beiden Fragen lässt sich eine weitere Dreiteilung vollziehen: Die erste Gruppe stellen SomalierInnen dar, die klar zustimmender als andere Befragte antworten. Die zweite Gruppe besteht aus TschetschenInnen, TürklInnen, AfghanInnen und SyrerInnen, die überdurchschnittlich oft Zustimmung äußern. Dies trennt sie von der dritten Gruppe – Irak, Iran sowie der zweiten Generation von TürklInnen und BosnierInnen. In allen Herkunftsgruppen (mit Ausnahme Somalias und Tschetscheniens, SyrerInnen sind gespalten) spricht sich jedoch eine (relative) Mehrheit gegen eine starke gesellschaftliche Rolle des Islam aus.

35 Prozent der Flüchtlinge und ein Viertel der TürklInnen stimmen der Aussage sehr zu (29 bzw. 23 Prozent *stimme eher zu*), dass religiöse Regeln im Alltag auf jeden Fall beachtet werden sollten, wobei das Muster nach Herkunftsländern der Zustimmung bei den vorangegangenen Fragen entspricht. BosnierInnen bejahen dies nur zu 12 Prozent uneingeschränkt und stimmen zu 28 Prozent eher zu.

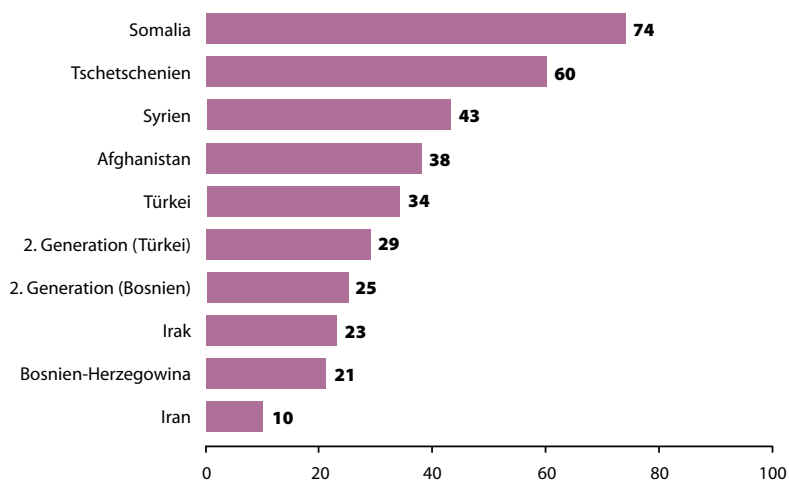
Ähnliches gilt für die Frage, ob man Verständnis dafür hat, wenn Männer Frauen nicht die Hand schütteln: 30 Prozent der Flüchtlinge und 26 Prozent der TürklInnen stimmen sehr zu, BosnierInnen nur zu 8 Prozent. Gleichzeitig wird diese Aussage insgesamt betrachtet am deutlichsten abgelehnt (37 Prozent *stimme gar nicht zu*, wobei die Ablehnung zwischen rund 60 Prozent bei den BosnierInnen und 22 Prozent bei den Flüchtlingen variiert).

Erwartungsgemäß besteht ein starker Zusammenhang zwischen den Aussagen zur gesellschaftlichen Rolle des Islam und den Alltagsregeln bzw. dem Verhalten gegenüber Frauen.

ABBILDUNG 8: ROLLE DES ISLAM IN DER GESELLSCHAFT – ABLEHNUNG EINES STARKEN GESELLSCHAFTLICHEN ISLAM

Der Islam soll in der Gesellschaft eine starke Rolle spielen.

● stimme sehr/eher zu



Angaben in Prozent.

4.6 Gesetze und Vorschriften

Die Antworten auf die Frage, ob die österreichischen Rechtsvorschriften und Gesetze für gläubige MuslimInnen angemessen sind, zeigen das bereits mehrfach beschriebene Muster: BosnierInnen stimmen der Aussage mit 76 Prozent am deutlichsten zu, gefolgt von den TürklInnen (66 Prozent) und den Flüchtlingen (55 Prozent).

Von diesen meint ein Viertel, dass islamische Rechtsvorschriften zumindest auch berücksichtigt werden sollten, Befragte aus Tschetschenien, Afghanistan und sehr gläubige Personen sagen dies häufiger. Hier führt bereits die Differenzierung zwischen sehr und eher gläubig zu einem Unterschied der Zustimmung von fast 20 Prozentpunkten.

Eine Einführung der Scharia als extremste Möglichkeit findet so gut wie keine Zustimmung. Gut 10 Prozent sagen überdies explizit, dass ihnen das Wissen zur Beantwortung der Frage fehle, bei Flüchtlingen ist der Wert mit 14 Prozent etwas höher als in den anderen Gruppen.

Befragte, die islamisches Recht stärker berücksichtigen wollen, würden dies in allen Bereichen (45 Prozent) bzw. vor allem bei Familien- und Ehefragen (27 bzw. 24 Prozent) befürworten. Eine genauere Differenzierung nach den Herkunftsländern muss aufgrund der geringen Fallzahl entfallen.

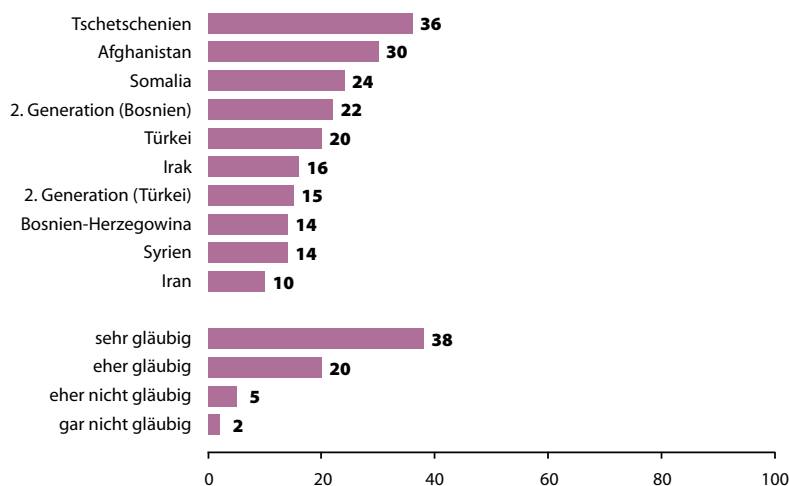
Ein Verschleierungsverbot (Niqab oder Burka) hält rund ein Drittel aller drei Gruppen – BosnierInnen, TürklInnen und Flüchtlinge – für gut, eine Mehrheit würde es ohne gesetzliche Auflagen den Frauen selbst überlassen, weniger als 10 Prozent sprechen davon, dass die Verschleierung ein religiöses Gebot sei und Frauen sich daran halten müssten.

Männer und Frauen beantworten die Frage praktisch gleich, vor allem nicht gläubige MuslimInnen treten sehr stark für ein Verbot (75 Prozent) ein. AlevitInnen befürworten ein solches Verbot ebenfalls stärker, eingeschränkt gilt dies ebenso für Personen aus Bosnien und Herzegowina

ABBILDUNG 9: ISLAMISCHE RECHTSVORSCHRIFTEN SOLLTEN BEACHTET WERDEN (ZUSTIMMUNG)

Sind die österreichischen Vorschriften und Gesetze für gläubige MuslimInnen angemessen oder sollten islamische Rechtsvorschriften angewandt werden?

- Islamische Rechtsvorschriften sollten (..) berücksichtigt werden.

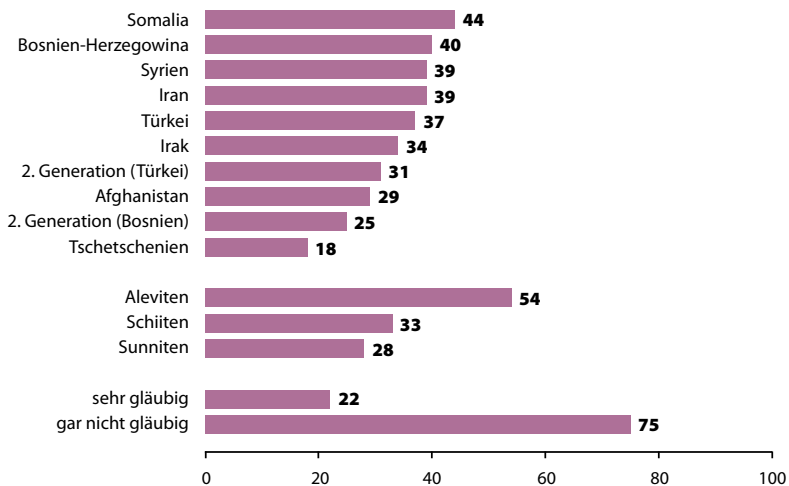


Angaben in Prozent.

ABBILDUNG 10: VERBOT EINER VERSCHLEIERUNG MIT BURKA ODER NIQAB

In Österreich wird immer wieder diskutiert, ob man die Verschleierung des Gesichts (durch einen Niqab oder eine Burka) verbieten soll. Wie stehen Sie dazu?

- ja, sollte verboten werden



Angaben in Prozent.

und Syrien. Ein Teil der Befragten aus Somalia befürwortet ein Verbot der Verschleierung (Niqab oder Burka) öfter, was auf den ersten Blick als Widerspruch zu den bisherigen Antworten wirkt: Allerdings stimmt unter ihnen gleichzeitig eine andere Gruppe der Aussage deutlich mehr zu, dass die Verschleierung ein zu akzeptierendes religiöses Gebot sei (18 Prozent).

4.7 Staat und Politik

38 Prozent der Flüchtlinge stimmen der Aussage sehr zu, dass alle Menschen in Österreich vom Staat gleich behandelt werden, TürkInnen (21 Prozent) und BosnierInnen (15 Prozent) teilen diesen Eindruck seltener.

Ob man in einer Demokratie lebt oder nicht, ist 18 Prozent der Flüchtlinge, aber nur 11 bzw. 12 Prozent der TürkInnen

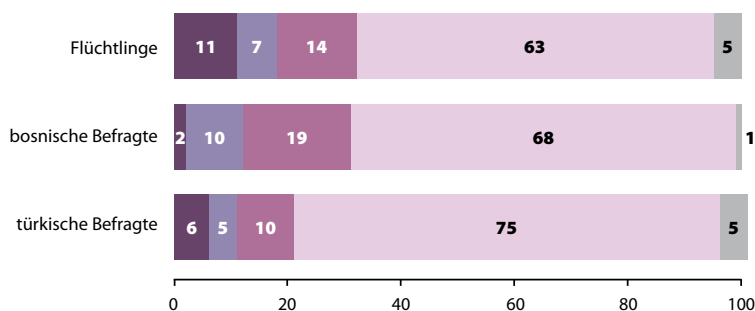
bzw. BosnierInnen sehr oder eher egal. 63 Prozent (Flüchtlinge) bis drei Viertel (TürkInnen) lehnen die Aussage uneingeschränkt ab. Personen aus Somalia und Afghanistan ist persönlich die Demokratie weniger wichtig (31 bzw. 19 Prozent *stimme sehr zu*). Demgegenüber liegt die Ablehnung dieses Satzes bei den sonstigen Herkunftsländern bei über zwei Dritteln und steigt bis auf 84 Prozent (Iran).

Ebenfalls widerspricht eine klare Mehrheit aller drei Hauptgruppen der Aussage, dass ein religiöser Gelehrter an der Staatsspitze stehen sollte. Hier sind es nur die Befragten aus Somalia, die eine solche Staatsführung mehrheitlich befürworten würden. Generell sticht einmal mehr diese Gruppe durch ein konträres Antwortverhalten hervor: Sie wünscht sich zu 66 Prozent (51 Prozent *stimme sehr zu*) eine Partei, die sich nur für den Islam einsetzt, und meint, dass Religion in der Politik eine große Rolle spielen sollte

ABBILDUNG 11: LEBEN IN EINER DEMOKRATIE

Im Grunde ist es mir egal, ob ich in einer Demokratie lebe oder nicht.

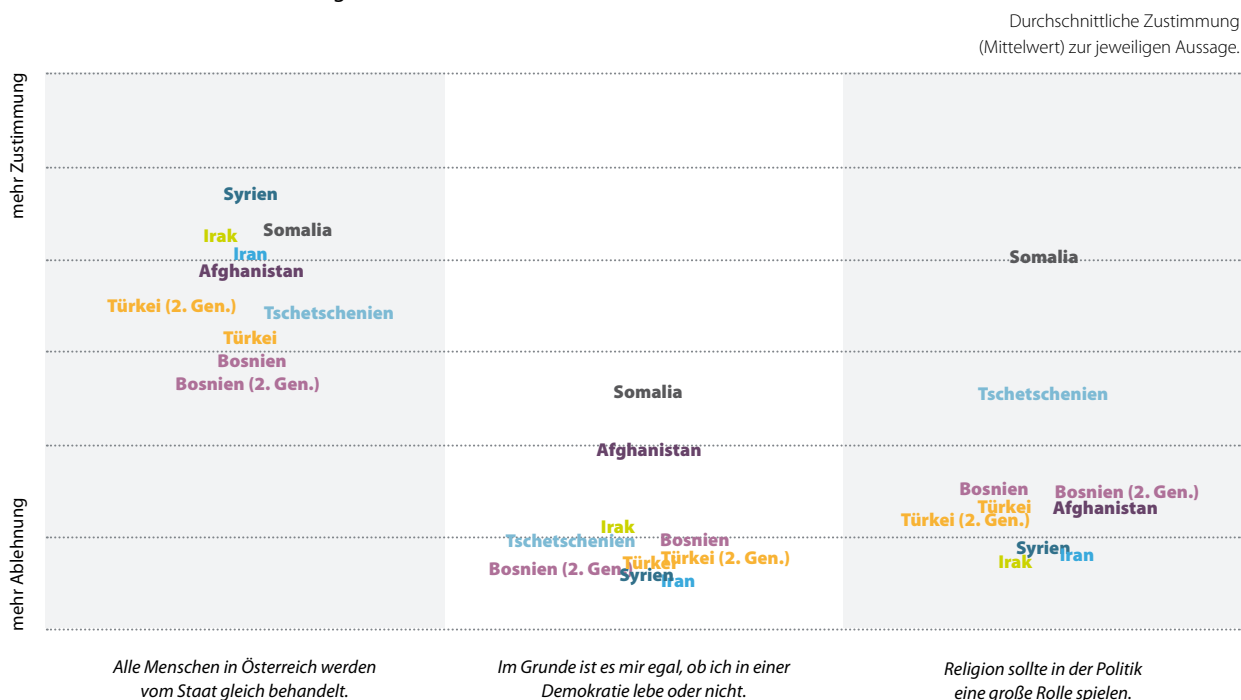
- stimme sehr zu
- stimme eher schon zu
- stimme eher nicht zu
- stimme gar nicht zu
- keine Angabe



Angaben in Prozent; Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

ABBILDUNG 12: AUSSAGEN ZU STAAT UND DEMOKRATIE

Sie finden hier einige Aussagen, bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zustimmen.



(46 Prozent *stimme sehr zu*) – alle anderen Befragten lehnen diese Aussagen klar mehrheitlich ab, wobei Befragte aus Tschetschenien einer islamischen Partei in Österreich etwas abgewinnen können. Besonders stark ist die Ablehnung eines politischen Islam durch Personen aus dem Irak, Iran und aus Syrien (70, 65 bzw. 63 *stimme gar nicht zu*).

4.8 Kindererziehung, Familie und Islam

Kindererziehung ist sowohl für Flüchtlinge als auch für Türkinnen und BosnierInnen zu rund 80 Prozent die Aufgabe von Mutter und Vater. Diese Sichtweise findet sich zudem quer durch alle Herkunftsländer und in anderen Untergruppen, sie unterscheidet sich auch zwischen Männern und Frauen praktisch nicht. Nur bei Befragten über 54 Jahren nimmt die Zustimmung ab (55 Prozent *Aufgabe von beiden*). Diese Frage lässt keinen Rückschluss auf die tatsächliche Aufgabenverteilung zu, das Ergebnis bedeutet in erster Linie, dass sich Männer auch als Teil der Erziehung sehen.

Ähnlich klar sprechen sich die Befragten gegen Gewalt aus. Eine Ohrfeige oder Ähnliches halten zwar insgesamt rund 20 Prozent für (manchmal) notwendig, drei Viertel sind aber gegen solche Maßnahmen. Nach Herkunftsländern schwanken die Ergebnisse leicht, erneut sind es vor allem Ältere, die eine Ohrfeige als notwendige Erziehungsmethode sehen. Frauen lehnen sie stärker ab als Männer.

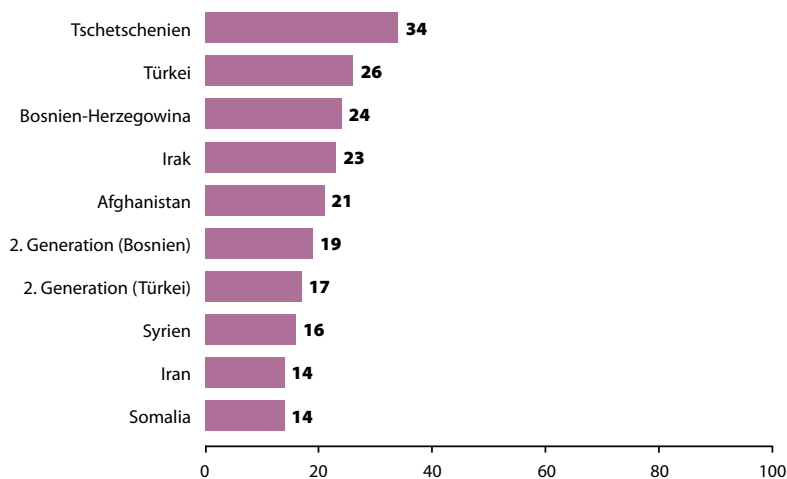
Der Ehre der eigenen Familie kommt unter Flüchtlingen (62 Prozent *sehr wichtig*) und Türkinnen (60 Prozent) ein großer Stellenwert zu, für BosnierInnen hat sie vergleichsweise weniger Bedeutung (20 Prozent *sehr wichtig*).

In der Bewertung gibt es einen klaren Zusammenhang mit der selbst eingeschätzten Religiosität, sehr gläubige Befragte halten die Familienehre mit 86 Prozent für sehr wichtig, bereits bei „nur“ eher gläubigen Personen sinkt der Wert auf 48 Prozent. Für alle weiteren spielt das Thema eine untergeordnete Rolle. Analog ist sie in den Gruppen, die eine größere Nähe zum Glauben äußern, von größere-

ABBILDUNG 13: GEWALT IN DER ERZIEHUNG

Manche Eltern meinen, dass ab und an auch eine Ohrfeige zur Erziehung dazugehört, andere meinen, dass man Kinder gewaltfrei erziehen muss. Welcher Meinung stimmen Sie eher zu?

- Eine Ohrfeige ist manchmal notwendig.

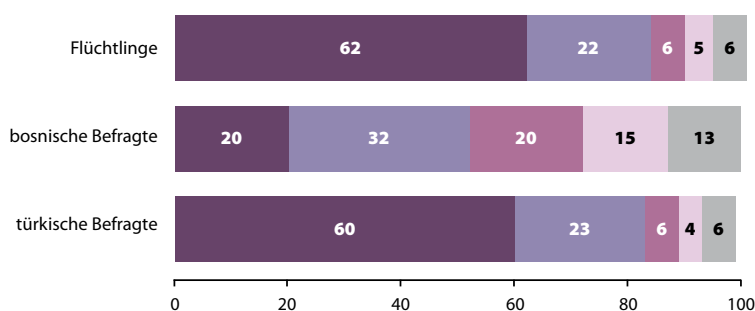


Angaben in Prozent.

ABBILDUNG 14: EHRE UND FAMILIE

Wie wichtig ist für Sie die Ehre der eigenen Familie?

- sehr wichtig
- eher wichtig
- eher nicht wichtig
- gar nicht wichtig
- keine Angabe



Angaben in Prozent; Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

rer Bedeutung, insbesondere für Personen aus Somalia (79 Prozent *sehr wichtig*), TschetschenInnen, AfghanInnen und TürkInnen. Die Unterschiede nach dem Geschlecht sind nur gering.

Einer gewaltsamen Verteidigung der Familienehre stimmen 17 Prozent der Flüchtlinge, 10 Prozent der TürkInnen und 3 Prozent der BosnierInnen uneingeschränkt zu, alle drei Gruppen lehnen die Aussage aber mehrheitlich ab. Noch deutlicher ist dies der Fall, wenn es um Verständnis für einen Ehrenmord geht: 78 bzw. 85 Prozent (Flüchtlinge/TürkInnen) bringen nach eigenen Angaben dafür eher oder gar kein Verständnis auf, wobei die klare Verneinung (*stimme gar nicht zu*) bei 67 bzw. 77 Prozent liegt. Bei BosnierInnen erreicht die summierte Ablehnung fast 100 Prozent.

Bei Personen, denen die Familienehre grundsätzlich sehr wichtig ist, fallen diese Antworten etwas anders aus: Unter ihnen stimmen 43 Prozent der gewaltsamen Verteidigung der Ehre sehr oder eher zu, einen Ehrenmord können nach eigenen Angaben noch 18 Prozent nachvollziehen. Größer ist die Zustimmung zu beiden Aussagen bei Befragten aus Tschetschenien, Syrien, dem Irak und vor allem Somalia, wobei Ehrenmorde in allen Gruppen in der Befragung ab-

gelehnt werden (zwei Drittel bis über 90 Prozent *stimme gar nicht zu*).

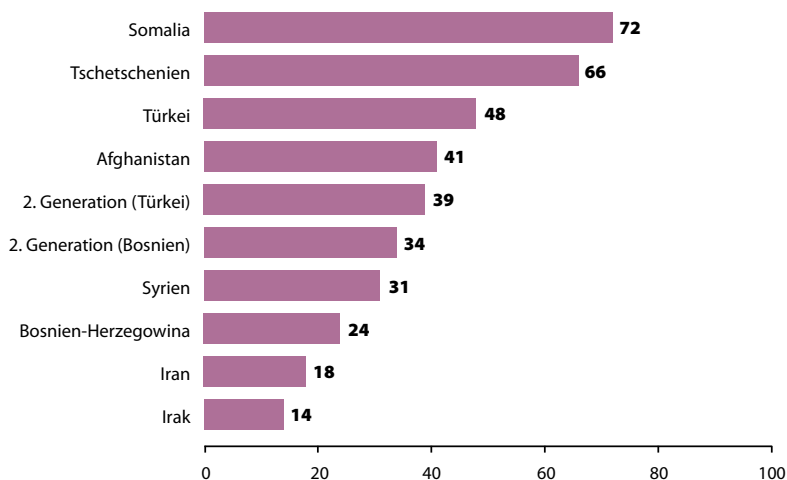
Dass der Partner/die Partnerin auch MuslimIn ist, ist nur für ein Viertel der BosnierInnen sehr wichtig, Flüchtlinge und vor allem TürkInnen legen darauf hingegen größeren Wert (jeweils 44 Prozent *sehr wichtig*). Das Thema ist für gläubige Menschen von größerer Bedeutung und damit erneut für die entsprechenden Herkunftsländer (Tschetschenien, Türkei, Afghanistan und vor allem Somalia). Auch älteren Befragten und Frauen ist es wichtiger, dass der/die PartnerIn dem Islam angehört.

Was für sie selbst wichtig ist, spielt für die Zukunft der Kinder eine geringere Rolle: 42 Prozent der Flüchtlinge sowie 54 bzw. 57 Prozent der TürkInnen bzw. BosnierInnen sagen, dass sie sich vorstellen können, dass ihre Kinder jemanden heiraten, der/die nicht MuslimIn ist. Je gläubiger die Befragten, desto eher lehnen sie eine solche Heirat ab, wobei sich unter sehr Gläubigen immerhin noch rund 20 Prozent eine solche Ehe vorstellen können. Die Zustimmung nach den Herkunftsländern reicht von einem Viertel (Tschetschenien) bis zu drei Viertel (Iran). TürkInnen der ersten Generation stimmen zu knapp 50 Prozent zu.

ABBILDUNG 15: RELIGION IN DER PARTNERSCHAFT

Wie wichtig ist es für Sie, dass Ihr Partner/Ihre Partnerin auch MuslimIn ist?

● sehr wichtig



Angaben in Prozent.

4.9 Partnerschaft und Gleichstellung

Über das Verhältnis der Geschlechter und die Rechte der Frauen gehen die Meinungen der Interviewten unterschiedlich stark auseinander: Sagen über 40 Prozent der TürkInnen, dass Frauen auf jeden Fall als Jungfrauen in die Ehe gehen sollten, so sind es nur 12 Prozent der BosnierInnen. Dass Männer und Frauen zusammenleben, obwohl sie nicht verheiratet sind, lehnen knapp 40 Prozent der Flüchtlinge, aber nur 15 Prozent der BosnierInnen ab.

Eine Gleichstellung in jeder Hinsicht findet demgegenüber in allen drei Gruppen eine klare Mehrheit, rund 60 Prozent stimmen der Aussage sehr zu. Das gilt ebenfalls für das Recht der Frau, sich gegen den Willen des Ehemannes von diesem scheiden zu lassen (64–66 Prozent *stimme sehr zu*).

Abgelehnt wird darüber hinaus, dass der Vater über den Ehepartner der Tochter entscheiden soll. Besonders TürkInnen sprechen sich dagegen aus (71 Prozent *stimme gar*

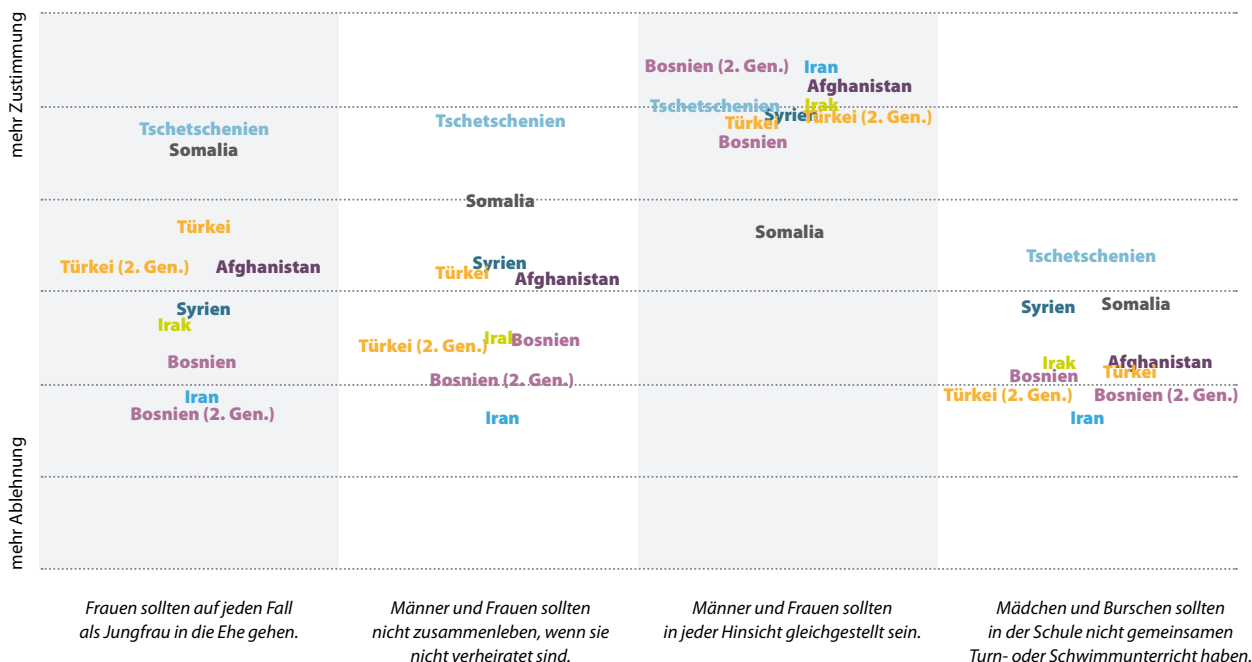
nicht zu), BosnierInnen (64 Prozent) und Flüchtlinge (52 Prozent) teilen die Ansicht mehrheitlich.

Nach Herkunftsländern finden sich in diesem Kontext vor allem wieder Unterschiede zwischen Personen aus Somalia und Tschetschenien auf der einen und den übrigen Staaten auf der anderen Seite. Differenziert man diese weiter, dann zeigen SyrerInnen und Personen aus der Türkei häufiger konservative Haltungen (beispielsweise Äußerungen gegen ein eheloses Zusammenleben). Die Zustimmung zu den Aussagen schwankt aber deutlich: Eine Gleichstellung der Geschlechter findet beinahe in allen Gruppen eine (sehr) große Zustimmung, ebenso wie die Entscheidungsgewalt des Vaters über die Ehe der Tochter abgelehnt wird. Die Meinungen zum Zusammenleben ohne Heirat, die Ablehnung eines gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterrichts und die Erwartung, dass Frauen als Jungfrau in die Ehe gehen sollten, streuen demgegenüber breiter.

ABBILDUNG 16: PARTNERSCHAFT UND GLEICHSTELLUNG

Sie finden hier einige Aussagen, bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zustimmen.

Durchschnittliche Zustimmung (Mittelwert) zur jeweiligen Aussage.



Bei den Fragen spielen das Alter und die selbst eingeschätzte Gläubigkeit eine wichtige Rolle: Ältere Befragte und jene, die sehr gläubig sind, äußern sich konservativer im Sinne von weniger Rechten und Freiheiten für Frauen. Diese Haltung variiert allerdings zwischen den Fragen: So stimmen zwar 62 Prozent der *sehr Gläubigen* der Aussage sehr zu, dass Frauen als Jungfrauen in die Ehe gehen sollten (gegenüber zwei Prozent der *gar nicht Gläubigen*), aber auch unter ihnen meinen 64 Prozent, Frauen sollen sich gegen den Willen des Mannes von ihm scheiden lassen können. Einem Bestimmungsrecht des Vaters über die Ehe der Tochter stimmen ebenso nur 10 Prozent sehr zu.

Der gemeinsame Turn- und Schwimmunterricht von Mädchen und Burschen wird von rund 20 Prozent der Flüchtlinge sowie der Türkinnen stark abgelehnt, deutlich mehr Personen sehen aber gar kein Problem darin.

4.10 Religion und Gewalt

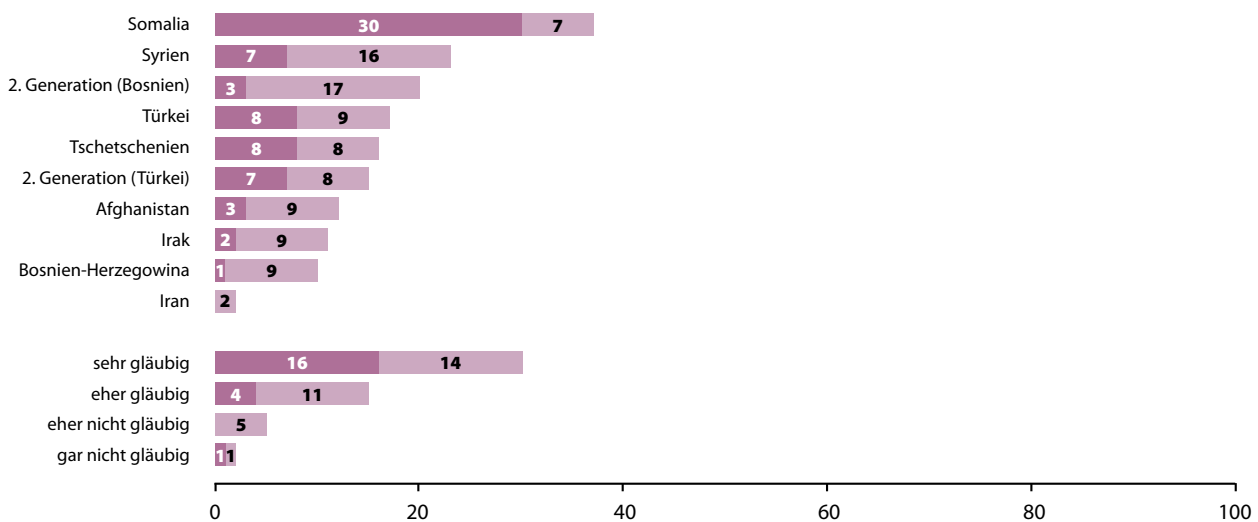
Ein letzter Schwerpunkt der Studie war das Thema Religion und Gewalt sowie die Einstellung gegenüber anderen Religionen. Grundsätzlich sagen drei Viertel bis rund 80 Prozent der Gruppen, dass man niemals Gewalt zur Verteidigung des Glaubens einsetzen dürfe. Niedriger ist dieser Wert bei Personen mit Pflichtschulabschluss und Leuten, die täglich in die Moschee gehen bzw. darüber hinaus große Religiosität zeigen.

Ebenfalls klar abgelehnt wird die Aussage, dass man bereit sein muss, für die Verteidigung des Glaubens zu sterben: Rund 60 Prozent stimmen dem auf keinen Fall zu, weitere 16 (Flüchtlinge) bis 22 Prozent (BosnierInnen) eher nicht. Bei dieser Frage fallen einmal mehr Personen aus Somalia mit ihrem Antwortverhalten auf (30 Prozent *auf jeden Fall*). Sehr gläubige Personen stimmen ebenfalls öfter sehr zu (16 Prozent). Beide Gruppen sind sehr untypisch für das restliche Antwortverhalten.

ABBILDUNG 17: BEREITSCHAFT, FÜR DEN GLAUBEN ZU STERBEN

Ebenso gibt es Leute, die meinen, dass man bereit sein muss, für die Verteidigung des Glaubens zu sterben. Teilen Sie diese Meinung?

- ja, auf jeden Fall (man muss bereit sein, für Glauben zu sterben)
- ja, eher schon



Angaben in Prozent.

Jeweils rund 55 Prozent der Flüchtlinge und der TürkinInnen stimmen der Aussage sehr zu, dass es nicht erlaubt sein sollte, sich öffentlich über den Islam lustig zu machen. Bei BosnierInnen liegt dieser Wert bei 26 Prozent, sie sind zusammen mit Personen aus dem Iran jene Befragten, die hier eine andere Haltung vertreten. Auch unter den österreichischen StaatsbürgerInnen (Befragte muslimischen Glaubens mit türkischen oder bosnischen Wurzeln) in der Stichprobe meinen 41 Prozent, dass Spott nicht erlaubt sein sollte, weitere 25 Prozent stimmen eher zu. Sehr Gläubige lehnen es zu knapp 80 Prozent uneingeschränkt ab.

Zumindest ein gewisses Verständnis dafür, dass sich Menschen vom Glauben abwenden, zeigen 38 (Flüchtlinge) bis rund 50 Prozent (BosnierInnen/TürkinInnen). Eine Bestrafung dieser Personen wird von allen klar mehrheitlich abgelehnt. Nur 13 Prozent der TürkinInnen/BosnierInnen sagen zudem, dass sie möglichst wenig mit solchen Menschen zu tun haben wollen, bei Flüchtlingen stimmt rund ein Viertel der Aussage sehr oder eher zu.

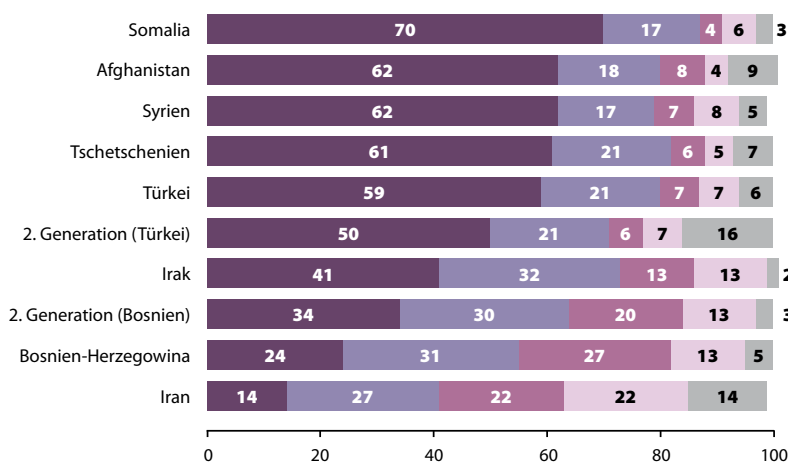
Personen aus Somalia und – mit großem Abstand – SyrerInnen sind ebenso wie sehr gläubige Befragte zurückhaltender und sehen das Verhalten anderer MuslimInnen gegenüber dem Islam kritischer.

Eine Gleichberechtigung aller Religionen steht quer durch alle Gruppen für mehr als 80 Prozent außer Frage (*stimme sehr/eher zu*). Vergleichsweise gering ist die Zustimmung bei älteren Befragten und Personen aus Somalia. Gut 60 Prozent der Flüchtlinge und der BosnierInnen meinen, dass sich der Islam an die Traditionen und die Kultur in Europa anpassen muss (27 bzw. 24 Prozent *stimme sehr zu*), TürkinInnen meinen das zu insgesamt 45 Prozent (23 Prozent *stimme sehr zu*). Auch hier bleibt das Muster bestehen, dass vor allem Befragte aus Tschetschenien, Somalia und (mit Abstand) Personen mit türkischem Hintergrund sowie ältere und sehr gläubige Menschen eine solche Anpassung eher ablehnen.

ABBILDUNG 18: VERBOT, SICH ÜBER DEN ISLAM LUSTIG ZU MACHEN

Es sollte nicht erlaubt sein, sich öffentlich über den Islam lustig zu machen.

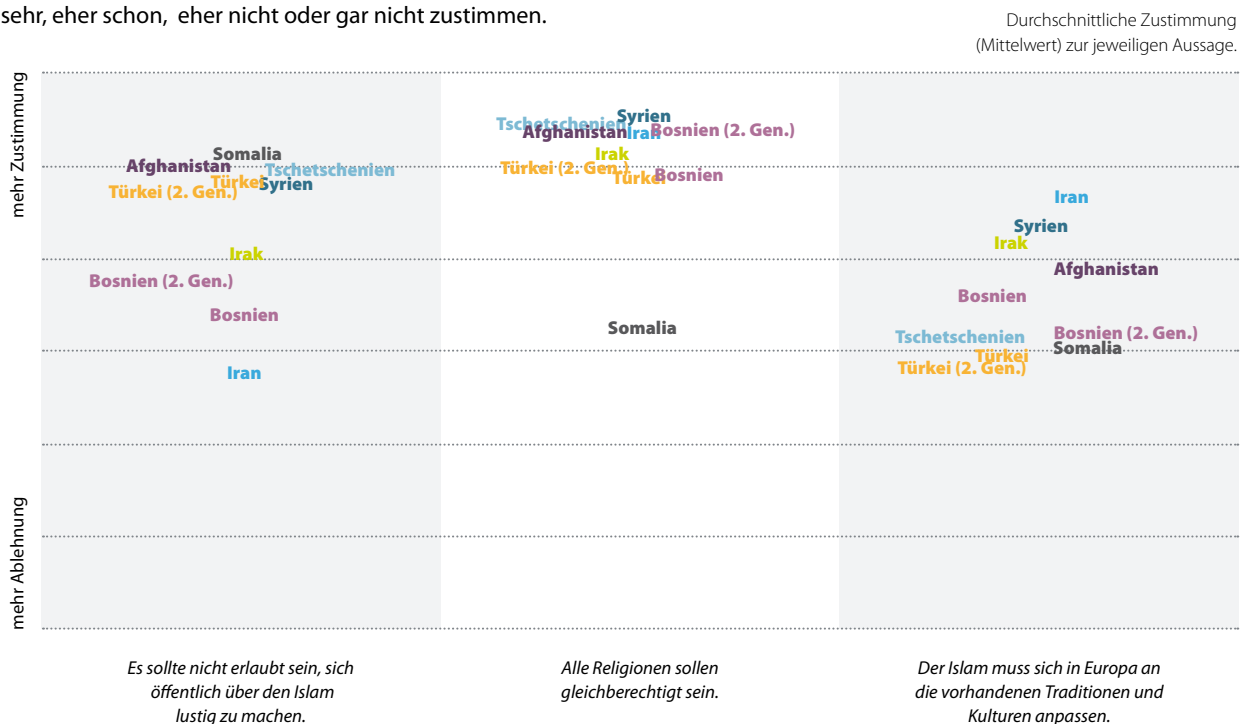
- stimme sehr zu
- stimme eher schon zu
- stimme eher nicht zu
- stimme gar nicht zu
- keine Angabe



Angaben in Prozent; Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

ABBILDUNG 19: AUSSAGEN ZU ISLAM UND ANDEREN RELIGIONEN

Sie finden hier einige Aussagen, bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diesen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zustimmen.



Abschließend wurde versucht, sich dem Thema Antisemitismus über mehrere Aussagen zu nähern, wobei sich eine Zweiteilung im Antwortverhalten zeigt. Auf persönlicher Ebene lehnen sehr viele Befragte antisemitische Aussagen klar ab: Rund 80 Prozent der Flüchtlinge und 84 bzw. 87 Prozent der TürkinInnen/BosnierInnen meinen, dass sie keine Probleme mit jüdischen NachbarInnen hätten (jeweils über 60 Prozent lehnen die entsprechende Aussage *sehr ab*). Dieses Bild ist in allen Herkunftsländern relativ ähnlich, Personen aus Somalia antworten allerdings erneut abweichend (38 Prozent stimmen der Aussage *sehr zu*, keine jüdischen NachbarInnen zu wollen).

Dem antisemitischen Klischee, dass Juden/Jüdinnen zu viel Macht auf der Welt haben würden, können mehr Befragte etwas abgewinnen: 54 Prozent der TürkinInnen und 51 Prozent der Flüchtlinge stimmen ihm sehr oder eher zu, BosnierInnen noch zu rund einem Drittel. 37 Prozent der Flüchtlinge bejahen die Aussage, dass Israel ein Feind aller MuslimInnen sei, von den TürkinInnen sagen dies 35 Prozent

und von den BosnierInnen 29 Prozent. Der Satz wird von allen Gruppen mehrheitlich abgelehnt. Anders verhält es sich bei sehr Gläubigen, die ihm zu knapp 50 Prozent zustimmen (33 Prozent *stimme sehr zu*).

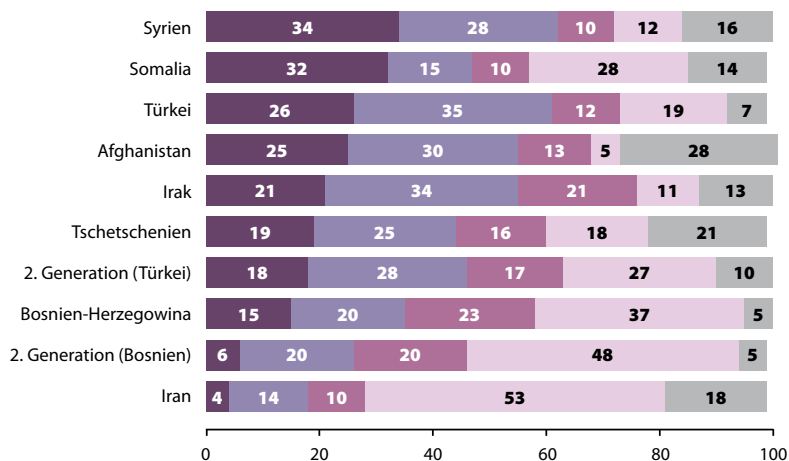
Bei der Frage nach Israel fällt die Gruppe der SyrerInnen – neben den SomalierInnen – mit größter Zustimmung auf, IranerInnen lehnen sie stark ab. Bei allen diesen Aussagen ist die negativ zu interpretierende zustimmende Haltung bei der Gruppe der Flüchtlinge größer. Frauen sind generell etwas zurückhaltender.

Die Antwortverweigerung bei den Antisemitismus-Aussagen ist größer als bei den anderen Aussagen dieses Blockes und liegt teilweise bei 20 bis 30 Prozent. Das lässt sich einerseits dahingehend interpretieren, dass das Thema durch die Befragten heikler und kontroverser gesehen wird, andererseits aber auch als eine Art Protest gegen die – teilweise sehr zugespitzten – Aussagen.

ABBILDUNG 20: AUSSAGEN ANTISEMITISMUS

Juden haben zu viel Macht auf der Welt.

- stimme sehr zu
- stimme eher schon zu
- stimme eher nicht zu
- stimme gar nicht zu
- keine Angabe



Angaben in Prozent; Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

5

Zusammenfassende Analyse

In der Studie ist eine Vielzahl an Variablen verfügbar, die für eine weitere Analyse verdichtet werden können. Für diese Zusammenfassung lassen sich drei Skalen anhand von inhaltlich sinnvoll kombinierbaren Aussagen bilden:

- Religiosität: Kombination der Variablen Gläubigkeit, Häufigkeit des Betens und Häufigkeit des Moschee-Besuchs
- Rolle des Islam in der Gesellschaft: Kombination der Aussagen
 - „Der Islam soll in der Gesellschaft eine starke Rolle spielen.“
 - „Religiöse Regeln sollen im Alltagsleben auf jeden Fall beachtet werden.“
 - „Ich würde mir wünschen, dass es in Österreich eine Partei gibt, die sich nur für den Islam einsetzt.“
 - „Religion sollte in der Politik eine große Rolle spielen.“
 - „An der Spitze des Staates sollte ein religiöser Gelehrter stehen und kein Politiker.“
- Antisemitismus: Kombination Aussagen
 - „Ich will keine Juden als Nachbarn.“
 - „Juden haben zu viel Macht auf der Welt.“
 - „Israel ist ein Feind aller Muslime.“

Die einzelnen Antwortskalen wurden zu diesem Zweck zunächst vereinheitlicht und anschließend auf die interne Konsistenz überprüft, wobei die Maßzahl ausreichend hoch war (Cronbachs Alpha: Religiosität 0,775, starker Is-

lam 0,896, Antisemitismus 0,727). Das bedeutet, dass die Annahme, die Fragen würden jeweils ein gemeinsames zugrundeliegendes Konzept (z.B. eben Religiosität) messen, relativ plausibel ist¹⁰.

Zwischen diesen neu konstruierten Variablen lässt sich ein starker Zusammenhang finden: Personen, die einen hohen Wert auf der Religiositäts-Skala erreichen – also sich selbst als sehr gläubig bezeichnen, sehr oft beten und sehr oft die Moschee aufsuchen – befürworten eine starke Rolle des Islam in der Gesellschaft und in der Politik. Sie neigen eher dazu, antisemitischen Vorurteilen und Aussagen zuzustimmen. Wichtig ist hier einmal mehr, die Ergebnisse nur relativ zu interpretieren: Diese Befragten sind somit nicht absolut gesehen extreme AntisemitInnen, sondern äußern sich im Vergleich mit den übrigen Befragten stärker in diesem Sinn.

Die Skalen können mit den soziodemographischen Variablen der Stichprobe kombiniert werden. Aufgrund der starken Überschneidungen wird nur die Skala der Religiosität dargestellt (siehe Tab. 8). Zu beachten ist, dass 127 Personen von vorneherein ausgeschlossen wurden, da sie sich als nicht gläubig bezeichneten bzw. keine Angabe machten. Die Aufgliederung gilt demnach nur für Befragte, die zumindest eine geringe Gläubigkeit angegeben haben.

¹⁰ Das Vorgehen kann zwar nur einen „technischen“ Zusammenhang messen, dieser lässt sich aber aufgrund der Aussagen schlüssig inhaltlich begründen.

TABELLE 8: RELIGIOSITÄT UND SOZIODEMOGRAPHISCHES PROFIL

	<i>sehr religiös</i>	<i>etwas religiös</i>	<i>kaum religiös</i>
Männer	36	30	34
Frauen	32	32	36
16 bis 24 Jahre	35	31	34
25 bis 34 Jahre	31	31	38
35 bis 44 Jahre	34	29	37
45 bis 54 Jahre	35	34	31
55 Jahre und älter	49	27	25
Bosnien-Herzegowina	15	37	48
Türkei	36	25	39
Afghanistan	37	34	29
Syrien	34	25	40
Irak	16	43	43
Iran	24	47	29
Somalia	77	22	1
Tschetschenien	57	24	19
2. Generation (Bosnien)	20	41	39
2. Generation (Türkei)	30	30	41
noch SchülerIn	39	31	29
Schule abgebrochen	50	31	19
Pflichtschule	42	34	24
Lehre	35	31	34
mittlere Schule ohne Matura	30	33	37
Matura	29	30	41
Hochschule	33	27	40
österreichische Staatsbürgerschaft	24	31	45
ausländische Staatsbürgerschaft	41	31	28
fühlt sich völlig willkommen	50	21	29
fühlt sich eher willkommen	34	39	27
fühlt sich eher/gar nicht willkommen	39	34	26
fühlt sich zuhause	20	29	51
fühlt sich eher zuhause	33	33	34
fühlt sich eher/gar nicht zuhause	48	26	25
fühlt sich benachteiligt	45	30	24
fühlt sich nicht benachteiligt	29	31	40

in Prozent; Abweichungen von 100=Rundungsfehler.

Hier finden sich die in den unterschiedlichen Fragestellungen bereits identifizierten Auffälligkeiten: Besonders SomalierInnen und TschetschenInnen neigen zu hoher Religiosität. AfghanInnen sind öfter religiöser, bei TürkInnen halten sich hohe und geringe Religiosität die Waage. In den anderen Gruppen überwiegt ein geringeres Bekenntnis zum Glauben.

Nach dem Geschlecht zeigen sich nur wenige Unterschiede, nach dem Alter fallen die über 54-Jährigen als religiöser eingestellt auf. Personen, die aktuell keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, erzielen ebenso einen höheren Wert auf dieser Skala. Das gilt schließlich auch für Personen, die sich nicht zuhause fühlen bzw. eine Benachteiligung für sich wahrnehmen.

Anhand der Religiositäts-Skala können nochmals einige ausgewählte Fragen dargestellt werden. Wie schon anhand der bisherigen Antworten erkennbar, finden sich zahlreiche deutliche Unterschiede zwischen sehr gläubigen Menschen und weiteren Befragten. Erstere fühlen sich gesellschaftlich offenbar stärker exponiert und benachteiligt aufgrund ihrer Religion: Die Zustimmung zu einer gefühlten Benachteiligung liegt bei sehr religiösen Personen bei über 40 Prozent, bei eher religiösen Personen bei knapp über 30 Prozent und bei nicht religiösen Befragten bei knapp einem Viertel (jeweils Summe der zustimmenden Kategorien). Die Abstufung ist insofern schlüssig, da eine Benachteiligung aufgrund der Religion naturgemäß von Menschen stärker wahrgenommen wird, die sich selbst damit stärker beschäftigen. Nicht religiöse Menschen könnten umgekehrt zwar eine Benachteiligung empfinden, diese aber mitunter nicht direkt mit ihrem Glauben in Verbindung bringen.

Wie stark sich die Standpunkte der Befragten anhand der eigenen Religiosität unterscheiden, zeigen auch die folgenden Fragen zur gesellschaftlichen Rolle des Islam: Während sehr religiöse Menschen einen starken Islam in der Gesellschaft befürworten und mehrheitlich Verständnis dafür aufbringen, wenn Männer Frauen nicht die Hand schütteln, sinken die Werte bei den anderen beiden Gruppen auf 14 Prozent und darunter. Einen religiösen Führer an der Staatsspitze kann sich noch jede/r Fünfte vorstellen, die/der als sehr religiös gelten kann, bei den anderen Gruppen findet sich praktisch kaum Zustimmung dazu.

Gerade die letzte Aussage zeigt freilich, dass ein gänzlich anderes politisches System oder Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie auch bei hoher individueller Religiosität keine Mehrheit finden: Nur 14 Prozent dieser Gruppe stimmen der Aussage sehr zu, dass es ihnen egal sei, ob sie in einer Demokratie leben würden oder nicht, mehr als die Hälfte lehnt den Satz klar ab.

TABELLE 9: AUSSAGEN ZU ISLAM NACH RELIGIOSITÄT

	<i>sehr religiös</i>	<i>etwas religiös</i>	<i>kaum religiös</i>
Der Islam soll in der Gesellschaft eine starke Rolle spielen.	44	10	3
Ich verstehe es, wenn Männer Frauen nicht die Hand schütteln.	55	14	9
An der Spitze des Staates sollte ein religiöser Gelehrter stehen und kein Politiker.	17	2	1

Angaben in Prozent. Nur „stimme sehr zu“.

LITERATURVERZEICHNIS

Biernacki, Patrick/Waldorf, Dan: Snowball Sampling. Problems and Techniques of Chain Referral Sampling,
in: *Sociological Methods and Research*, 10, 2/1981, S.141-163.

Buber-Ennser, Isabella/Kohlenberger, Judith/Rengs, Bernhard/Al Zalak, Zakarya/Goujon, Anne/Striessnig, Erich/Potancoková, Michaela/Gisser, Richard/Testa, Maria Rita/Lutz, Wolfgang: Human Capital, Values, and Attitudes of Persons Seeking refuge in Austria 2015,
in: *PLoS ONE* 11/9, 23.9.2016.

Erikson, Bonnie H.: Some Problems of Inference from Chain Data,
in: *Sociological Methodology*, 10/1979, S. 276-302.

Jacob, Rüdiger/Heinz, Andreas/Décieux, Jean Philippe/Eirmbter, Willy H.: Umfrage. Einführung in die Methoden der Umfrageforschung. Oldenburg 2011.

Kohlbacher, Josef/Rasuly-Paleczek, Gabriele/Hackl, Andreas/Bauer, Sabine: Wertehaltungen und Erwartungen von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich, Wien 2017,
https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Studien/Studie_Wertehaltungen_und_Erwartungen.pdf (10.05.2017).

Österreichischer Integrationsfonds: Integrationsbarometer 2017, Wien 2017,
<http://www.integrationsfonds.at/themen/publikationen/integrationsbarometer/> (10.5.2017).

Österreichischer Integrationsfonds: ÖIF-Forschungsbericht, Demographie und Religion in Österreich: Szenarien 2016 bis 2046/ Vienna Institute of Demography: VID Working Paper 9/2017, Religious Denominations in Vienna & Austria: Baseline Study for 2016 - Scenarios until 2046, Wien 2017,
<http://www.integrationsfonds.at/publikationen/forschungsberichte/forschungsbericht-demographie-und-religion/> (08.08.2017)
https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/subsites/Institute/VID/IMG/Publications/Working_Papers/WP2017_09.pdf (08.08.2017).

Statistik Austria: Bevölkerung zu Jahresbeginn 2016, Wien 2017.



Österreichischer Integrationsfonds
August 2017